

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Frankreich: Zum aktuellen Stand der Ereignisse an der Streikfront – Seite 4*
- *Polen: Von Siegern, Verlierern und Ernüchterten – Seite 7*
- *Essen: Deal mit Energiekonzern Steag zum Schaden der Stadt – Seite 12*
- *Warnstreiks Einzelhandel: Weihnachten steht vor der Tür – wir auch? – Seite 16*
- *Last Exit Afghanistan – Seite 19*

Ausgabe Nr. 24 am 30. November 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Halbjahres/Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 27,30/54,60 €, Sozialabo: 23,40/46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Gemeinsame Erklärung gegen Zwangsverrentung

DGB, 26.11. scc. In einer gemeinsamen Erklärung fordern der DGB, der Deutsche Frauenrat, der Sozialverband Deutschland SoVD, der Sozialverband VdK und die Volkssolidarität die Bundesregierung auf, die zum Januar 2008 drohende Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen zu stoppen. Die Koalition, heißt es in der Erklärung, darf nicht zulassen, dass ältere Arbeitslose, von denen die meisten trotz aller Bemühungen keine Chance auf eine anständige Beschäftigung haben, in eine Rente mit hohen Abschlägen gezwungen werden. Tritt der Plan ab 1.1.08 in Kraft, sind jährlich ca. 120.000 bis 150.000 Menschen betroffen. Die Betroffenen müssen die Kürzung von bis zu 18% ihrer Rente hinnehmen – und die Abschläge gelten bis zum Lebensende.

Erbschaftssteuer soll gesenkt werden

Handelsblatt, 23.11. rül. Nach der zum 1.1.08 in Kraft tretenden Unternehmenssteuerreform, die den Unternehmen eine Steuersenkung von mehr als 6 Milliarden Euro beschert, bereitet die schwarz-rote Koalition als nächstes eine Senkung der Erbschaftssteuer vor. Anlass ist der Auftrag des Verfassungsgerichts, die ungleiche Behandlung von Immobilienvermögen und anderen Erbschaften zu beseitigen, und die Forderung vor allem der Unionsparteien, die Erben kleiner und mittlerer Unternehmen sollten, wenn sie das geerbte Unternehmen 15 Jahre lang weiterführen, weniger bis gar keine Erbschaftssteuer zahlen müssen. Angeblich sollte diese Reform, so hieß es noch vor kurzem, „aufkommensneutral“ sein, um die Sanierung der Staatsfinanzen nicht zu erschweren. Herausgekommen ist jetzt ein Referentenentwurf des Finanzministeriums, der keineswegs aufkommensneutral ist, sondern, so das „Handelsblatt“, die jährliche Einnahmen aus der Erbschaftssteuer auf Jahre hinaus um jährlich etwa 500 Mio. Euro senkt. Da die Erbschaftssteuer den Ländern zugute kommt, müssten insbesondere die Länder mit einem hohen Anteil von gut betuchten Erben – Hamburg, Hessen und Bayern – in Zukunft mit erheblichen Mindereinnahmen rechnen.

Schlussgalopp bei „Galileo“

Handelsblatt, 23.11. rül. Der Streit um das europäische Satelliten-Navigationssystem Galileo scheint sich seinem Ende zu nähern. Ähnlich wie das US-Satellitensystem GPS, das ursprünglich nur für militärische Zwecke errichtet wurde, soll das System Galileo der Na-

vigation und Verkehrssteuerung aus dem Weltall dienen und sollte eigentlich bereits 2008 einsatzbereit sein. Wegen Streitereien unter den an der Errichtung beteiligten Unternehmen und Ländern hat sich das aber erheblich verzögert. Jetzt hat die EU-Kommission einen neuen Vorschlag unterbreitet, der vorsieht, die verbleibenden Aufträge (eine Reihe von Satelliten müssen noch gebaut und in den Weltraum transportiert werden, ebenso die Bodenstationen) weitgehend aus dem EU-Budget zu finanzieren und in mehreren Losen auszuschreiben, damit alle sich bewerbenden Unternehmen einen Teil des Auftragskuchens abbekommen.

Am 29. November sollen die Verkehrsminister darüber beraten, am 14.12. soll der EU-Gipfel die Entscheidung fällen. Zwei Bodenstationen sind im Bau bzw. in Planung, eine in Deutschland, eine in Italien. Das hatten bereits die früheren Regierungschefs Schröder und Berlusconi vereinbart. Die Technologie und Software für diese Stationen wird vermutlich der französische Thales-Konzern liefern. Umstritten sind insbesondere noch die Satellitenaufträge, bei denen die EADS mit Thales und anderen Unternehmen konkurriert. Die Fertigstellung aller Komponenten wird nun für 2013 erwartet.

Bis dahin wird Galileo aber nicht mehr nur mit GPS konkurrieren. Russland reaktiviert bereits sein altes Satellitennetz und wird dieses 2009 unter dem Namen „Glonass“ wieder auf den Markt bringen, das chinesische System „Compass“ soll ab 2008 in Asien und ab 2010 global nutzbar sein. Wie „GPS“ und „Glonass“ ist auch „Compass“ vorrangig militärisch genutzt, steht aber für zivile Anwendungen offen. „Galileo“ soll angeblich rein zivil eingesetzt werden. Wie lange diese Beschränkung bestehen bleibt, wird die Zukunft zeigen.

Maßnahmen gegen rassistische Propaganda durch Neonazis im Internet gefordert

PE, 23.11. scc. In einem Schreiben an Bundesinnenminister Schäuble und BKA-Präsident Ziercke fordert der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eine Vereinbarung zwischen Behörden und Medienindustrie auch zur Bekämpfung volksverhetzender Rassenpropaganda durch Neonazi-Seiten im Internet. Tags zuvor hatte das BKA auf seiner Herbsttagung eine entsprechende Vereinbarung mit der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter, dem Verband der Internet-Wirtschaft, dem „jugendschutz.net“ und der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zur Bekämpfung von Kinderpornographie beschlossen. Der Zen-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

tralrat forderte außerdem eine Aufsichtsstelle auf internationaler Ebene, die Befugnisse zur Indizierung bzw. Verbotserlaubnis für Seiten mit strafbaren rassistischen Inhalten haben muss und die Möglichkeit bekommen sollte, das Internet laufend zu überwachen. Der Vorsitzende des Zentralrats Romani Rose wies darauf hin, dass die rechtsextremistische Internetpropaganda, die sich gezielt auch gegen Sinti und Roma richtet, in deutscher Sprache über die normalen Suchmaschinen erreicht werden kann und in ihrer bedrohlichen Qualität erheblich zugenommen habe. Z.B. sei jüngst im „Forum Großdeutsches Vaterland“ zur „Sonderbehandlung“ der „Zigeuner“ aufgefordert worden. In der Regel werden Strafanzeigen von den Staatsanwaltschaften binnen einiger Tage eingestellt mit dem Hinweis, Täter könnten nicht ermittelt werden, weil eine Steuerung über ausländische Server erfolge. Schritte zur Sperrung volksverhetzender Internet-Seiten unterblieben. – Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion betreffend rechtsextremistische Aktivitäten im Web blieb die Bundesregierung jetzt die Antworten weitgehend schuldig. Selbst auf banale Frage wie Aufschlüsselung der entsprechenden Websites nach Bundesländern, Organisationshintergrund oder Klassifizierung nach thematischer Ausrichtung gab es mangels fehlender Erfassung keine Antwort. Mit ihrem Schweigen, so Kritiker, blockt die Bundesregierung die notwendige politische Diskussion über eine beunruhigende Entwicklung ab.

Bleiberechtsregelung: Bislang knapp 20.000 Aufenthaltserlaubnisse

heute im Bundestag, 27.11. alk. Eine eher dürftige Bilanz ergibt bisher die Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende geduldete Flüchtlinge. So meldet „Heute im Bundestag“: Zum Stichtag 31. Oktober 2006 haben 178.326 Menschen im Zustand der Duldung in Deutschland gelebt. Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/7089) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/6832) zu den Auswirkungen der Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz (IMK) mit. Man könne die Zahlen nicht wie gewünscht zum Stichtag 17. November 2006 liefern, „da die Daten nicht mehr vorliegen“ und deshalb nachträgliche Bestandauswertungen des Ausländerzentralregisters nicht möglich seien. Bis zum 30. September 2007 hätten 71.857 Personen eine Aufenthaltserlaubnis auf Grundlage des IMK-Beschlusses beantragt, davon hätten 19.770 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, davon 7.541 „einbezogene Familienangehörige“. 29.834 Menschen hätten zunächst eine Duldung bis zum 30. September erhalten, um die Voraussetzungen zum Erhalt

einer Aufenthaltserlaubnis – etwa eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts – erfüllen zu können. In 7.885 Fällen sei der Antrag auf Aufenthaltserlaubnis abgelehnt worden, in 19.302 Fällen sei über den Antrag noch nicht entschieden worden.

Den größten Anteil unter den Geduldeten stellen Menschen aus Serbien (57.875), der Türkei (12.078) und dem Irak (10.682).

Die Frage der Linken, wie die Ablehnungen begründet wurden, wird nicht beantwortet, da es keine detaillierte statistische Auswertung gebe. Auch eine Schätzung, wie viele Menschen nach der gesetzlichen Altfallregelung eine Aufenthaltserlaubnis erhalten werden, kann nach Angaben der Regierung nicht gegeben werden.

Kosovo: EU-Koordinator für Südosteuropa spricht sich für eine Unabhängigkeit aus

Die Presse. 21.11. hav. Der EU-Sonderkoordinator für den Südosteuropa-Stabilitätspakt, Erhard Busek, spricht sich für eine Unabhängigkeit des Kosovos und einen EU-Kandidatenstatus für die bisher zu Serbien gehörende Provinz aus. Bei einer Veranstaltung des Klubs der Europajournalisten (AEJ) in Wien sagte er, dass er nur unter einer Bedingung für eine Anerkennung des Kosovo als eigener Staat eintrete: Es müsse einen gemeinsamen Grundlagenvertrag zwischen Belgrad und Pristina geben. Statt einer vagen EU-Perspektive, sollten alle Länder des Westbalkans offiziell Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft werden. Dabei sollte auch Albanien eingeschlossen werden. Die regelmäßige Überprüfung durch Brüssel würde diese Länder dann endlich an versprochene Reformen binden. Busek rechnet im Falle einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch die Regierung in Pristina und der staatlichen Anerkennung durch mehrere europäische Regierungen nicht mit einem gewaltsamen Konflikt. „Es ist aber möglich, dass Belgrad dann seine diplomatischen Beziehungen mit einigen EU-Staaten auf Eis legt oder dem Kosovo den Strom abdreh“. Bei einem militärischen Konflikt würde keine Seite gewinnen. Wirtschaftlich wäre die Unabhängigkeit des Kosovos mittelfristig die beste Lösung. Alle anderen Varianten, würden auch Serbiens Wirtschaft und dessen Staatsbudget stärker belasten.

EU-Parlament fordert Auskunft über Gelder

Die Presse. 22.11. hav. Das EU-Parlament verlangt von Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner Auskunft über die Verwendung von Hilfgeldern in der Höhe von einer Milliarde Euro. Die Europäische Union hat im Jahr 2006 eine

Milliarde Euro für Hilfsprojekte im Ausland ausgegeben. Das EU-Parlament will jetzt wissen, wofür genau das Geld verwendet wurde. Die bisherigen Informationen der zuständigen Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner reichen den Abgeordneten nicht aus. Bei einer Sitzung in der vergangenen Woche verlangte der Haushaltskontrollausschuss des Parlaments daher weitere Auskünfte. „Ich habe den Verdacht, dass die Kommission nicht weiß, was mit dem Geld passiert ist“, sagte Herbert Bösch, Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des EU-Parlaments. Ferrero-Waldner wies die Vorwürfe zurück. Es habe keine Verschwendung von EU-Mitteln gegeben. Im Irak habe man mit den EU-Hilfgeldern unter anderem 500 Schulen, 200 Gesundheitszentren und zehn Krankenhäuser gebaut. Sie habe dem Parlament alle gewünschten Informationen über die Verwendung der Gelder gegeben. Das EU-Parlament gibt sich jedoch mit den bisher erhaltenen Auskünften nicht zufrieden: „Wir sind hier nicht bei den Außenministern. Wir wollen es ganz genau wissen“, sagte Bösch. Bis detailliertere Informationen einlangen, behält das Parlament zehn Prozent der für den Irak vorgesehenen Hilfgelder für kommendes Jahr ein.

Polens Bischöfe gegen die EU-Grundrechte-Charta

DW. 22.11. hav. Mit ihrem Aufruf gegen EU-Grundrechte-Charta setzen die Bischöfe die neue politische Führung Donald Tusks unter Druck. Sie haben den neuen Ministerpräsidenten Donald Tusk zum Abschluss ihrer Vollversammlung indirekt aufgerufen, die von der Vorgängerregierung ausgehandelte polnische Ausnahmeklausel zur Charta beizubehalten. Das garantiere die Unabhängigkeit der polnischen Gesetzgebung in moralischen Fragen. Alle anderen EU-Länder hätten bereits akzeptiert, dass der EU-Bürgerrechtskatalog in Polen nicht rechtsverbindlich werden soll, so die Bischöfe. An der Charta kritisierten sie unter anderem den fehlenden Gottesbezug in der Präambel, die Tatsache, dass das Klonen menschlichen Lebens nicht vollständig verboten werde, und die Möglichkeit der Homo-Ehe. Tusk befürwortet eine Annahme der Charta, zögert jedoch bisher mit Rücksicht auf Staatspräsident Jaroslaw Kaczynski, sie durchzusetzen. Die Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Staatspräsident Lech Kaczynski droht mit einem Nein zur Ratifizierung des EU-Vertrags, wenn die neue Regierung die Ausnahmeklausel rückgängig macht. In diesem Fall käme die zur Ratifizierung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament nicht zustande.

Zusammenstellung: alk

Zum aktuellen Stand der Ereignisse an der Streikfront

Im Mai erst war Sarkozy nach einem stark polarisierten Wahlkampf bei hoher Wahlbeteiligung mit deutlicher Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden. Dabei hatte der Neokonservative auch einen Einbruch in die Arbeiterbevölkerung erzielt (S. PB 19/07). Wenige Monate später ist es mit der Zustimmung „von unten“ ziemlich vorbei. In den letzten Tagen erreichten die Proteste gegen das neoliberale „Reformprogramm“ einen Höhepunkt: verwaiste Schulen, geschlossene Ämter, gestrichene Flüge. Neben den Eisenbahnern legten u.a. auch Millionen von Lehrern, Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes die Arbeit nieder. Universitäten im ganzen Land werden bestreikt. „Sarkozy zerstört das Soziale“, stand auf Plakaten auf der Demonstration am 22.11. Wir dokumentieren einen Artikel von Bernhard Schmid, den wir, aus Platzgründen gekürzt, mit freundlicher Genehmigung des Autors von der Website LabourNet.de Germany entnommen haben.

Sarkozy wandelt auf historischen Spuren: „Il faut savoir terminer une grève“

„Man muss einen Streik beenden können“: Mit diesen Worten äußerte sich der französische Präsident Nicolas Sarkozy, erstmals seit einer Woche, öffentlich zu den laufenden Streikbewegungen. Vor der Versammlung einer Vereinigung französischer Bürgermeister am Dienstag griff er damit, voller Ironie, eine berühmte Äußerung des französischen KP-Chefs während der stalinistischen Ära – Maurice Thorez – auf. Mit diesen Worten hatte Thorez 1936 für das Abwürgen des wilden Generalstreiks plädiert, nachdem seine Partei (unter dem Front populaire, auf Deutsch höchst grobschlächtig mit „Volksfront“ übersetzt) erstmals in Regierungsnähe gerückt war: „Man muss einen Streik beenden können, wenn die wesentlichen Forderungen erfüllt sind, oder auch wenn alle Forderungen erfüllt sind, aber ein Kompromiss getroffen wurde.“ Nicolas Sarkozy geht es freilich um etwas Anderes, denn er möchte die anhaltenden Ausstände in den französischen Transportbetrieben sowie an den Universitäten beenden, und dabei gleichzeitig die Kernsätze der von ihm geplanten „Reformen“ durchsetzen.

In den Transportbetrieben geht es dabei um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. An den Hochschulen dagegen um das bereits im Hochsommer verabschiedete – aber im Nachhinein heftig umstrittene – Gesetz zur finanzpolitischen „Autonomie der Universitäten“, das eine Öffnung zur Privatwirtschaft und die Stärkung der Macht der Uni-



versitätspräsidenten beinhaltet. Bezüglich der Studierenden höhnte Sarkozy, diese könnte angeblich „nicht einmal eine klare Forderung artikulieren“. Stärkere Rücksichten nehmen muss er dagegen auf die Streikenden in den Verkehrsbetrieben, ohne dass er vom Kern seiner Pläne abrücken würde.

Vor (vorläufigem) Abbruch des Bahnstreiks

Der Anfang vom Ende des „unbefristeten“ französischen Eisenbahnerstreiks ist, nach bisher achttägiger Dauer, mutmaßlich am Donnerstag früh eingeläutet worden. Am Vorabend hatten 50 von rund 100 Vollversammlungen der Streikenden in Bahnhöfen und besetzten Bahndepots, die am Mittwoch abgehalten wurden, einer vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit zugestimmt. Auch wenn es mehrere Tage dauern wird, bis der Eisenbahnverkehr wieder halbwegs den Normalzustand erreichen wird, schien damit eine wichtige Wende herbeigeführt zu sein.

Die CGT, die mit rund 40% der Stimmen bei den letzten Personalratswahlen stärkste Gewerkschaftsorganisation bei den französischen Eisenbahnern, rief am Mittwoch Abend nicht zur Fortführung des Ausstands auf. Dies erklärte der Generalsekretär der Eisenbahner-Sektion der CGT, Didier Le Reste, der zugleich darauf hinwies, dass die Vollversammlungen der Streikenden souverän über die Fortsetzung oder Aussetzung des Arbeitskampfs entschieden. Ohne das Gewicht der CGT als solcher wird es den Streikteilnehmern jedoch schwer fallen, ihren Ausstand fortzusetzen, da die Gesamtbeteiligung ohnehin in den letzten Tagen allmählich abzubrockeln begann. Insbesondere infolge der wachsenden Lohnverluste, da es in Frankreich keine Bezahlung der Arbeitskampftage durch gewerkschaft-

lichen Streikkassen gibt, sondern die abhängig Beschäftigten jeden einzelnen Streiktag aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. Zu Anfang der Woche waren laut Bahndirektion knapp 30% der Gesamtzahl ihrer Beschäftigten im Ausstand (und bei der Pariser RATP am Mittwoch nach Angaben der Direktion nur rund 17%, wobei es dennoch zu erheblichen Einschränkungen des Metro- und Busverkehrs kam). Dabei täuschen diese Durchschnittsziffern jedoch insofern erheblich, als vielmehr eine Aufschlüsselung nach Beschäftigtenkategorien vorgenommen werden müsste. Denn für die Auswirkungen eines Streiks ist das fahrende Personal von höherer Bedeutung als die Schalterbediensten, und auch die höheren und leitenden Angestellten in den Büros sind in diese Gesamtziffer mit einbezogen. – Zumindest vorübergehend ist vor diesem Hintergrund, ab Ende der Woche, wohl mit einem Abflauen des Arbeitskampfs zu rechnen.

Möglich geworden war dies dadurch, dass am Mittwoch früh Verhandlungen „ohne Vorbedingungen“ bei der Bahngesellschaft SNCF eröffnet worden waren, denen die Regierung – nachdem sie anfänglich darauf beharrt hatte, dass der Rahmen der Verhandlungsspielräume von ihr abgesteckt worden sei und nur innerhalb davon Vereinbarungen getroffen werden könnten – im Prinzip auch zustimmte. Die drei Vertreter des Arbeitsministerium stimmten am Mittwoch bei der SNCF dem Formelkompromiss zu, wonach die Grundsatzfragen wie jene der Verlängerung der Lebensarbeitszeit – auf 40 Beitragsjahre zur Rentenkasse – „erwogen“ werden sollten bzw. dürften. Dabei handelt es sich zwar vorwiegend um Rhetorik, denn das konservative Regierungslager ist zugleich äußerst fest entschlossen, an den Kernsätzen der geplanten „Reform“ und insbesondere an der Verlängerung der Lebensarbeitszeiten (auch für die Eisenbahner und andere Beschäftigungsgruppen) nicht rütteln zu lassen. Denkbar geworden ist nun aber zumindest ein Formelkompromiss, dem zufolge die Regierung zwar einen Sieg in diesem Kernpunkt ihres Anliegens vermelden kann – aber zugleich durch finanzielle Kompensationen und Anrechnungsmodalitäten die konkreten Auswirkungen auf die Eisenbahner begrenzt bleiben.

Konturen eines sich abzeichnenden „Kompromisses“

Zumindest in den kommenden Jahren würden demnach Anhebungen des Grundlohns der Eisenbahner dafür sorgen, dass die „Strafbeträge“ für fehlende Beitragsjahre zur Rentenkasse im Moment der Pensionierung genügend abgedeckt werden, um real weiterhin eine relativ frühe Verrentung zu ermöglichen. Denkbar wird dies etwa durch die Einbeziehung von Nacht-, Wochenend- und anderen Zuschlägen, die bisher nicht in die Pension der Eisenbahner mit einberechnet wurden, doch einen Gutteil ihrer Entlohnung ausmachen, sowie einen Zuschlag von maximal 5 Prozent – die Rede ist im Moment, zu Anfang der Verhandlungen, konkret freilich eher von 2,5 Prozent – auf den Grundlohn in den letzten Monaten vor der Pensionierung. Da die Pension der Eisenbahner auf der Grundlage der letzten sechs Monate vor der Verrentung kalkuliert wird, hätte auch eine solche zeitlich begrenzte Lohnerhöhung beträchtliche Auswirkungen auf die Rentenhöhe. Dieser Anrechnungsmodus ist relativ günstig, da die Pensionen für die Privatbeschäftigten früher auf der Basis des Durchschnittslohns der letzten 10 Jahre vor dem Abgang in die Renten berechnet wurden, seit einer „Renten-



reform“ von 2003 jetzt aber sogar auf der Grundlage des Einkommensdurchschnitts in den vorausgegangenen 25 Jahre – was eine klare Absenkung bedeutet. Dennoch sind die Pensionen der Eisenbahner, bei gleichem Qualifikationsniveau, bislang um durchschnittlich 9 Prozent niedriger als jene der Privatbeschäftigten. Und dies, eben weil bislang die Lohnzuschläge aus dem Kalkül außen vor blieben, obwohl sie einen wichtigen Bestandteil des Eisenbahnerlohns ausmachen. Das könnte sich nun ändern.

Allerdings fordern die Regierung sowie die Bahndirektion im Gegenzug ein Ende der Anpassung der Pensionen an die durchschnittliche Lohnentwicklung zugunsten ihrer Anpassung an die offizielle statistische Preisentwicklung. Dies käme wiederum einer klaren Absenkung im Laufe eines Rentnerdaseins gleich. Auch haben sie gestern Pläne für eine drastische Verschlechterung der Lohnbedingungen für alle künftig neu eingestellten Bahnbeschäftigten auf

den Tisch gelegt. Verhandlungsbedarf wird es also noch genügend geben. Der Zeitrahmen der Gespräche ist nun auf einen Monat angesetzt worden, bis zum 20. Dezember. Im Falle eines Scheiterns des Verhandlungen droht die Regierung damit, einseitig die Bestimmungen der „Rentenreform“ für die Transportbediensteten bei Eisenbahn und den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben festzulegen. Für denselben Fall hat die Transportföderation des Gewerkschaftsbunds CFDT (FGTE-CFDT, die wesentlich „linker“ sowohl als der Dachverband CFDT als auch dessen Eisenbahnersektion bzw. ihre Führung ist), bereits eine Streikwarnung für den 20. Dezember 2007 hinterlegt. Im Gegensatz zur Privatindustrie und dem privaten Dienstleistungssektor müssen Streiks in Frankreich in den öffentlichen Diensten fünf Tage vor ihrem Beginn durch Hinterlegen einer Arbeitskampfwarnung angemeldet werden. Dies war im Jahr 1963 beschlossen worden, nachdem ein unerwartet ausgebrochener Métro-Streik spektakuläre Ergebnisse hervorgerufen hatte.

Neben der Eisenbahn betrifft die geplante „Reform“ auch die Energieversorgungsunternehmen EDF und GDF – öffentliche Unternehmen, deren zweitgenanntes sich aber trotz früherer anderslautender Ankündigungen der Regierung in der Privatisierung befindet – sowie die Nahverkehrsbetriebe. Das betrifft insbesondere die im Raum Paris tätige RATP (Régie autonome des transports parisiens), bei der am kommenden Montag die Verhandlungen anfangen, während der Métro- und Busverkehr am Donnerstag noch immer stark beeinträchtigt war. Circa jeder dritte bis vierte Métrozug verkehrte, am neunten Tag in Folge, wobei große Unterschiede zwischen den 14 Einzellinien der Pariser Métro und den verschiedenen Buslinien bestanden, je nach gewerkschaftlichem Organisationsgrad sowie dominierender gewerkschaftlicher Couleur der jeweils dort Beschäftigten. Der Arbeitskampf bei der RATP hatte am vergangenen Mittwoch früh, wenige Stunden nach dem Ausstand der Eisenbahner ab dem Abend des 13. November, begonnen. Bei den Pariser Nahverkehrsbetrieben wies die CGT am Mittwoch Abend darauf hin, dass die Vollversammlungen souverän entscheiden, und bezog insofern nicht offen Position zur Frage einer Beendigung des Streiks.

Bei EDF (wo in der Nacht des ersten Streiktags, am 14. November) ein erhebliches Abfallen der Energieproduktion zu verzeichnen gewesen war, und GDF wurden bereits am vergangenen Freitag Verhandlungen auf Unternehmensebene eröffnet. Dort wurde der Streik seitdem vorläufig ausgesetzt.

Gewerkschaften unter Druck ihrer Basis

Das bisherige Szenario des Streiks erscheint als nicht untypisch für französische Verhältnisse, wo Streikbewegungen in der Regel anders ablaufen als in den deutschsprachigen Ländern. Insbesondere ist auffällig, dass ein Arbeitskampf durchgeführt wird und notwendig ist, um überhaupt das Kräfteverhältnis herzustellen, das es den Beschäftigtenorganisationen erlauben wird bzw. soll, am Verhandlungstisch halbwegs substanzielle Zugeständnisse herauszuholen. Anders als etwa in der Bundesrepublik, wo die Aushandlung von Kompromissen zwischen den „Tarifspezialisten“ beider Seiten – Arbeitgeber und Gewerkschaften – zunächst „Expertensache“ ist und lange Zeit über bleibt. Erst wenn am Verhandlungstisch keinerlei Einigung erzielt werden kann oder die Gespräche blockiert sind, ruft das Gewerkschaftslager in der Regel als „ultimatio ratio“ („letztes Mittel“, so die Formulierung der gültigen Rechtsprechung) ihre Basis zu Aktionen auf.

Die Unterschiede bleiben freilich nicht dabei stehen, da diese unterschiedliche „Streikkultur“ auch andere wesentliche Unterschiede automatisch impliziert. Insbesondere auch die Tatsache, dass die französischen Gewerkschaftsapparate zumindest über lange Phasen hinweg real gar nicht „Herren der Lage“ sind, sondern die Beschäftigten an der Basis in hohem Maße selbst die Initiative besitzen. Wie es auch jüngst wieder der Hinweis der CGT auf die Souveränität der Vollversammlungen beweist. Auch wenn dieser ausdrücklich platzierte Verweis zugleich offenkundig taktischer Natur ist – denn wenn die CGT einen Streik abwürgen oder umgekehrt anfechten möchte, wissen ihre Funktionsträger in aller Regel, wie sie sich in den Vollversammlungen jeweils zu verhalten haben. Selbst dann, wenn sie es nicht offen ankündigen. Der Verweis mit dem Daumen über die Schulter auf die Vollversammlungen, die erst noch durch die CGT von der Qualität eines (vorläufigen) Verhandlungsergebnisses „überzeugt“ werden müssen, ist insofern auch ein Mittel, um auf den Fortgang der Gespräche einzuwirken. Freilich stimmt es zugleich auch, dass im aktuellen Konflikt erhebliche Unterschiede in der Einschätzung der Spielräume, etwa zwischen dem Apparat der CGT und dem überwiegenden Teil ihrer Basis sowie den Teilnehmern an den Streikversammlungen, bestehen. Letztgenannte mehrheitliche Basis sowie die linksalternative Basisgewerkschaft SUD-Rail (SUD Schienenverkehr) verfechten nach vor die Position, wonach die so genannte „Reform“, insbesondere die Verlängerung der Lebensarbeitszeiten, schlicht und rundheraus abzulehnen sei.

Die CGT-Führung glaubt jedoch,

mehr im derzeitigen Kräfteverhältnis auf keinen Fall durchsetzen zu können, da die Regierung wild zum autoritären Durchsetzen auf Biegen und Brechen entschlossen scheint. Nicolas Sarkozys UMP droht auch bereits damit, Gegen-demonstrationen gegen den Streik zu organisieren und diesen ins Leere laufen zu lassen, indem konservativ geführte Rathäuser etwa private Ersatzbusse zur Verfügung stellen. Eine erste Anti-Streik-Demonstration am Sonntag vereinigte in Paris rund 8.000 Leute, war aber noch nicht durch die Regierungspartei, sondern durch kleinere wirtschaftsliberale Vereinigungen (wie etwa ‚Liberté Chérie‘ und ‚Stop la grève‘) aufgerufen worden. Vor diesem Hintergrund fürchtet die CGT-Führung, im Falle einer Ausdehnung des Arbeitskampfs gegen eine Wand zu laufen. Zumal die Forderung nach Aufrechterhaltung von Sonderbedingungen für die Eisenbahner (u.a. Gruppen) notwendig als sozial ungerechtfertigt erscheine.

Die CGT-Basis, FO und SUD-Rail plädieren hingegen dafür, stattdessen die Forderung nach „37,5 Jahren Beitragsjahre für alle“ zu propagieren, als Antwort auf die Behauptung der Regierung, die bisher mögliche, relativ frühe Verrentung der Eisenbahner sei „sozial ungerecht“. Das würde bedeuten, für die anderen Beschäftigtengruppen die „Reformen“ von 1993 und vor allem 2003 – also die Anhebung der Beitragsjahre zur Rentenkasse auf 40 bis jetzt, und bis auf 42,5 ab dem Jahr 2020 – rückgängig zu machen. Diese Forderung, die in den Vollversammlungen der Streikenden in den Bahndepots höchst populär ist, ermöglicht potenziell den Brückenschlag zu anderen Beschäftigtenkategorien. Um sie wirklich durchsetzen zu können, müsste allerdings viel, sehr viel passieren.

Die CGT-Führung glaubt nicht daran, möchte allerdings den Elan des Streiks nutzen, um durch reale Zugeständnisse die Auswirkungen der „Reform“ in den kommenden Jahren für die Eisenbahner zu neutralisieren. Der Streik bei SNCF und Pariser Verkehrsbetrieben wurde seit dem Wochenende minoritär, behielt aber dennoch eine erhebliche Wirkung bei, da es bei einem Ausstand eher auf das Fahrpersonal denn auf die Schalterbediensteten ankommt. Da am Dienstag zudem noch rund eine halbe Million Beschäftigte aus anderen öffentlichen Diensten (Krankenschwestern und -pfleger, Lehrer/innen, Postbedienstete) – für ihre Kaufkraft sowie gegen den durch die Regierung geplanten Stellenkahl Schlag – neben den Eisenbahnern demonstrierten, blieb ein Schwung im Arbeitskampf erhalten.

François Chérèque (CFDT) flog hinaus

Frankreichweit gingen am 20.11. nach Angaben der Polizei 375.000, laut CGT 700.000 Menschen auf die Straße. In Pa-



Auch die Studierenden gingen am 23.11. zu Zehntausenden auf die Straße, um gegen die Hochschulpolitik der Regierung zu protestieren.

ris sprachen die Veranstalter/innen von 70.000 Teilnehmer/innen. Auffällig war jedoch, dass mehrere Kräfte auch unter den OrganisatorInnen versuchten, die beiden Themenblöcke – die Abwehrkämpfe gegen die Angriffe auf die Renten unter den ‚Régimes spéciaux‘ einerseits, die Lohn- und Arbeitsplatzfrage in den übrigen öffentlichen Diensten auf der anderen Seite – strikt auseinander zu halten.

Dies gilt insbesondere für die rechtssozialdemokratische CFDT, die offen dafür plädierte, beide Anliegen zu trennen. So tönte ihr Generalsekretär François Chérèque am Vorabend der Demonstrationen, man dürfe „nicht alles miteinander vermischen“, denn sonst gebe es ein unübersichtliches Gemengelage „und die Regierung pickt sich dann die Elemente heraus, auf die sie antworten möchte“. Darüber hinaus griff er „Minderheiten“ an, dass sie statt eines rein gewerkschaftlichen Kampfs „eine globale, politische (Streik)bewegung möchten“. Nicht gar so offen für eine saubere Trennung von Kampffronten und Anliegen plädierte die CGT, die jedoch ihrerseits nichts dafür tat, offensiv zu einer „Konvergenz“ und einem Zusammenfließen der Kämpfe beizutragen.

Nicht sonderlich willkommen in der Pariser Demonstration war unterdessen der CFDT-Oberbürokrat François Chérèque. Er wurde bei seiner Ankunft im Spitzenblock einem Pfeifkonzert ausgesetzt, einige Dutzend Aktive – von denen einige CGT-Aufkleber an der Kleidung trugen – griffen ihn darüber hinaus über längere Zeit verbal an. Nach einer halben Stunde verließ Chérèque, der u.a. als „Kollaborateur“ Sarkozys und des Kapitals bezeichnet worden war, „fluchtartig“ (so entsprechende Agenturmeldungen) die Demonstration.

Sarkozy hält Ansprache im Fernsehen an „die Nation“

Was die unterschiedlichen Forderungen bisher wie ein „Knotenpunkt“ zusammenhält, ist insbesondere die Furcht vor Verlust an Kaufkraft, ja vor Verarmung (insbesondere im Alter). Dies gilt für die Rentenfrage, aber auch für die Anliegen der öffentlich Bediensteten und für den Zorn des Publikums gegenüber den durch die Krankenversicherung bzw. die Justizbeihilfe (im Rahmen des Armenrechts) nicht rückzahlbaren „Freibeträgen“ bei der medizinischen Versorgung und dem Zugang zur Justiz.

Nicolas Sarkozy und seine Umgebung haben deshalb beschlossen zu versuchen, diesen „Knotenpunkt“ zu durchschlagen, indem sie die allgemein sich ausbreitende Furcht zum Thema Kaufkraft entschärft. Zu diesem Zwecke wird Präsident Sarkozy an diesem Donnerstag Abend oder Freitag Abend eine Ansprache im französischen Fernsehen an „die Nation“ halten. Dabei wird er neue Ankündigungen zum Thema Kaufkraft tätigen. Die konkreten Maßnahmen bleiben abzuwarten, aber es zeichnet sich ab, dass sie die erwerbstätige Bevölkerung weniger in ihrer Eigenschaft als Lohnabhängige denn als Konsumenten (vollauf der neoliberalen Logik entsprechend) betreffen werden. Gedacht ist allem Anschein nach, einem Bericht in der Mittwochs Ausgabe der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ folgend, an eine Absenkung der Verbraucherpreise in den Supermärkten sowie an gesetzgeberische Aktionen gegen „Knebelverträgen“ bei Mobiltelefonverträgen. Sarkozys Bemühen um Profilierung durch Einwirkung auf die Supermarktpreise ist nicht besonders neu: Bereits in seiner Amtszeit als Wirtschafts- und Finanzminister, von März/April bis November 2004, hatte er nach einigen spektakulären Gestikulationen eine Senkung der Endverbraucherpreise in den Supermärkten um 2 Prozent erzielt. Hinterher stellte sich allerdings heraus, dass diese Senkung in der Praxis nur eine bestimmte Produktpalette betraf, während dieses Absinken der Preise durch die Supermärkte durch Erhöhungen bei einigen anderen Produkten kompensiert wurde. Bei diesem Mal möchte Sarkozy allerdings dem Vernehmen nach ein bisschen härter hinlangen: Dem Artikel in ‚Le Monde‘ zufolge hat die Regierungsmannschaft zunächst damit gedroht, die von den Supermärkten den Produzenten (u.a. Landwirten) aufgedruckten, immer höheren Sonderzahlungen „für Serviceleistungen“ – die in den letzten Jahren von rund 25 auf rund 35 Prozent anstiegen, und die notwendig auf die Produkte draufgeschlagen werden – abzuschaffen. Nun ist allerdings schon wieder nur noch die Rede davon, sie „zu kontrollieren“. *Bernard Schmid*

Von Siegern, Verlierern und Ernüchterten

Eine Wahlanalyse von Holger Politt

Als Jaroslaw Kaczynski im Sommer dieses Jahres die Auflösung des Parlaments und damit vorzeitige Neuwahlen provozierte, hatte er vor allem eines im Sinne: den Machterhalt. Seiner Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) waren die kleineren Koalitionspartner abhandeln gekommen, neue Mehrheiten wurden benötigt. Kaczynski stand dabei nur der direkte Weg offen, hätte ihn doch ansonsten ein konstruktives Misstrauensvotum das Amt kosten können. Er setzte alles auf die Wahlkarte und wollte es noch einmal erzwingen. Unter seiner Regierung habe ein neues Polen begonnen und die vorgezogenen Parlamentswahlen seien ein Plebiszit, bei dem die Bürger des Landes sich für oder gegen dieses neue Polen zu entscheiden hätten.

Die Bürger entschieden sich in der Mehrheit gegen diese Version eines neuen Landes, schickten Jaroslaw Kaczynski in die Opposition. Er wurde ein Opfer der haarscharfen Polarisierung – wir und die anderen –, die er selbst erst eigentlich in Gang setzte. Dass er ganz am Schluss über die Medien herfiel, die Schuld an der entschiedenen Frontstellung der anderen gegen ihn hätten, war ein Zeichen der tiefen Enttäuschung. Sein Konzept, mit 5 Millionen Wählerstimmen die Wahlen zu gewinnen, ist nicht aufgegangen. Zwar erreichte PiS mit 5,18 Millionen Wählerstimmen (32,11%) numerisch tatsächlich das angestrebte Ziel, doch die Konkurrenz erreichte die doppelte Anzahl an Wählern. Der Löwenanteil entfiel auf die rechtsliberale Bürgerplattform (PO), die mit 6,7 Millionen Stimmen (41,51%) einen in dieser Höhe unerwarteten Sieg einfuhr und PiS deutlich überflügelte. Den Sprung ins Parlament haben außerdem ein Mitte-Links-Bündnis (LiD) mit 2,12 Millionen Stimmen (13,15%) und die Bauernpartei (PSL) mit 1,44 Millionen Stimmen (8,91%) geschafft.

Zum Verhängnis wurde dem amtierenden Ministerpräsidenten eine in dieser Stärke nicht erwartete Anti-Kaczynski-Stimmung, die erst zum Ende der Wahlkämpfe hin vor allem jüngere Wähler aktivierte. Alleiniger Nutznießer dieser gewaltigen Stimmungswelle wurde Donald Tusk, der Spitzenkandidat der PO, der vor zwei Jahren in der Stichwahl für das Amt des Staatspräsidenten dem Zwillingsbruder Lech Kaczynski noch unterlegen war. Der Aufruf, wählen zu gehen, war in den letzten Tagen der Wahlkampagne das Erken-

nungszeichen der auf PO sich einstellenden Kaczynski-Gegner. Die Wahlbeteiligung lag mit 54% deutlich höher als vor zwei Jahren, was insbesondere auf das Wahlverhalten in den Großstädten zurückzuführen ist (Warschau z. B. 74%). In vielen ländlich geprägten Regionen – ein Rückhalt für PiS – lag die Wahlbeteiligung hingegen häufig unter 50%. Die zusätzliche Wählermobilisierung hatte zudem kaum Effekte in der Altersgruppe der über 60-Jährigen, der einzigen Altersgruppe, in der PiS mit 42% vor PO (28%) lag.

„Eine Schlacht verloren, aber noch nicht den Krieg“

An markigen Worten hat es Jaroslaw Kaczynski nie gefehlt. Während der Kampagne eröffnete er dem staunenden Publikum, dass eine Koalition ohne PiS im Grunde die Wiederholung des 13. Dezembers 1981 darstelle, also der Ausrufung des Kriegsrechtes gleiche. Auf die neugierige Journalisten-Frage, was denn werde, wenn PiS die Wahlen nicht gewinnen sollte, kam die deutliche Antwort: Dann müsse er sich an die Spitze einer Bewegung stellen, die der billigen Konterrevolution entschieden entgegentrete. Die Wahlniederlage bezeichnete er als verlorene Schlacht, gab aber zu bedenken, dass der Krieg als ganzes längst noch nicht verloren sei. Und in der Tat sind ihm Erfolge bei der Konsolidierung des rechtskonservativen Wählerspektrums nicht abzusprechen. PiS erhielt 2 Millionen Wählerstimmen mehr als 2005. Seit 1989 ist ein so kräftiger Stimmenzuwachs noch keiner Regierungspartei gelungen. Rechts von PO gibt es eigentlich nur noch PiS, eines der strategischen Ziele der Kaczynski-Brüder.

Die beiden ehemaligen Koalitionspartner, die bauernpolitische Samoobrona (1,53%) und die national-katholische Liga der Polnischen Familie (LPR; 1,3%), stehen faktisch vor dem Aus, auch weil ein Großteil der bisherigen Anhängerschaft bei PiS sich gut aufgehoben sieht. Hier brachte die durch den PiS-Vorsitzenden gewollte Polarisierung der politischen Szene die gewünschten Effekte. Und in den Großstädten, die bei Wahlforschern als schwieriges Pflaster für die PiS gelten, bekam die Kaczynski-Partei auch zu meist über 25% der Stimmen. Zudem wird er darauf verweisen wollen, dass die Bindungen zwischen PiS und ihrer Wählerschaft in den zurückliegenden zwei Jahren enger geworden sind. Die Kaczynskis können sich zugute schreiben, ein Drittel des Landes hinter sich zu wissen. Sie werden es auf ihre Art zu nutzen versuchen.

Und dennoch fiel dem scheidenden Ministerpräsidenten, nach seiner Oppositionsrolle befragt, in den ersten Tagen nach der Wahl nicht viel mehr ein, als auf seinen Zwillingsbruder im Präsi-

dentenam zu verweisen. In der Tat darf Polens Staatspräsident jeden Gesetzesvorschlag an das Parlament zurückweisen, wodurch die Zustimmungshöhe von der einfachen Mehrheit auf eine Zweidrittel-Mehrheit angehoben wird. Doch die für die Absicht der Kaczynski-Brüder so entscheidende Sperrminorität hat PiS knapp verfehlt, d.h. alle anderen Parteien zusammen wären bei Einigkeit in der Lage, dass Präsidentenveto zu überstimmen. Eine Konstellation, die den Parlamentarismus stärkt und den beiden kleineren Parlamentsfraktionen LiD und PSL den Rücken stärken sollte. Wer immer von beiden Gruppierungen nach der Regierungsbildung in der Opposition zurückbleiben wird, der darf zumindest frohlocken, in den meisten Fällen das Zünglein an der Waage sein zu können.

Der alles überragende Sieger

Es wäre ungerecht, den haushohen PO-Sieg alleine auf die Anti-Kaczynski-Stimmung zurückzuführen. Dennoch sind sich fast alle Beobachter in der Auffassung einig, dass diese Formation vor riesigen Herausforderungen steht. Vor den Wahlen 2005 galten PO und PiS als eigentlich natürliche Bündnispartner. Dass es dann sehr schnell anders kam, führte mittelbar zu den vorgezogenen Parlamentswahlen von 2007. Und wieder schien es zunächst, dass eine Koalition zwischen den beiden großen Rechtsparteien der einzig mögliche Ausweg aus der instabilen Situation der letzten Monate sei. Bei der Suche nach geeignetem Personal jenseits der Spitzenleute Kaczynski und Tusk wurde man schnell fündig. Während die Spitzenkandidaten ihre Kampfstellungen bezogen, bastelten die Partei-Strategen bereits an einem B-Plan. Jeder knappe Ausgang bei einem Niveau von etwa jeweils 30-35% der Wählerstimmen hätte das Zusammengehen der seit 2005 verfeindeten „Brüder“ wahrscheinlich gemacht. Die Variante, dass einer von beiden schließlich die Nase so deutlich vorne haben wird, wurde fast ausgeschlossen.

Auch wenn PO die absolute Mehrheit im Parlament knapp verfehlt hat, so kann sie nun ohne Not auf Koalitionssuche gehen. Da PO als „großstädtische“ Partei gilt, spräche vieles für eine Koalition mit der auf dem Lande verankerten PSL, denn die Erfahrung der zurückliegenden Jahre lehrt, dass Polen nur bedingt alleine aus der Großstadtperspektive heraus regiert werden kann. LiD, die andere Möglichkeit, hat aber auf dem Lande ähnlich wie PO keine rechte Verankerung.

Im Kern orientiert das PO-Programm auf die Einführung eines linearen Steuerersatzes und die damit notwendig einhergehenden Konsequenzen. Polen, so die allgemeine Begründung, benötige im Aufholprozess gegenüber den wirt-

schaftlich mächtigen EU-Ländern ein stabiles und vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum, dem alle anderen Bereiche nachgeordnet werden müssten. In der Folge setzten die PO-Strategen bisher auf stärkere „Mitwirkung“ der Bürger in solchen empfindlichen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Rente. Hier griff vor zwei Jahren Jaroslaw Kaczynski mit seinem Bild eines „solidarischen Polen“ ein, welches dem „liberalen Polen“ entgegengestellt werden müsse. Die Segnungen des Wirtschaftswachstums, so seine diesjährige Botschaft, müssten allen Bürgern – egal ob arm oder reich – zugute kommen. Die nächsten Monate werden schnell zeigen, was die PO-Führung und der künftige Ministerpräsident Donald Tusk unter Modernisierung des Landes genauer verstehen.

Mit PO übernimmt übrigens erstmals seit 1989 eine Partei die Regierungsverantwortung, die keine engeren Beziehungen zu einer der beiden großen Gewerkschaftszentralen („Solidarnosc“ oder OPZZ) pflegt. Im Parlament sitzen „Solidarnosc“-Mitglieder bei PiS, OPZZ-Mitglieder bei LiD.

Die Ernüchterten

Bereits vor einem Jahr trat die Demokratische Linksallianz (SLD) zusammen mit weiteren kleineren linksgerichteten Gruppierungen und der Demokratischen Partei (PD) unter der Bezeichnung LiD (Die Linke und Demokraten) bei den Lokal- und Regionalwahlen an. Die Tatsache aber, dass die zusammengeschlossenen Parteien damals weniger Stimmen holten als die Summe der Einzelergebnisse bei den Parlamentswahlen 2005, wurde erklärt mit dem schlichten Hinweis, der Wähler müsse sich erst an die neue Marke gewöhnen. Ein Probelauf also, der mit landesweit zusammengerechneten 16% der Stimmen gar nicht so schlecht ausfiel. Bei diesen Wahlen galt das Argument indes nicht mehr. Da die Summe der Einzelergebnisse 2005 knapp 17% betrug, wurde die Latte durch die LiD-Strategen frühzeitig auf die 20%-Marke gehoben. Garant des Erfolges sollte Aleksander Kwasniewski sein, Polens Staatsoberhaupt der Jahre 1995–2005. Kaum einer durfte erwarten, dass der weithin geachtete Mann im Verlaufe der Wahlkampagne eher zu einer Belastung für LiD werden sollte. Die Verkündung, er sei der Spitzenmann für LiD, erwies sich als folgenreicher Fehler, denn ohne selbst zu kandidieren, zehrte er fast ausschließlich von den Meriten der Vergangenheit. Die dann nachgeschobene Korrektur, er stünde notfalls als künftiger Ministerpräsident doch noch zur Verfügung, machte die Sache nicht besser. Kwasniewski kam nicht in Form und bestätigte in seinem Auftreten insgeheim den Vorwurf der politischen Gegner, LiD sei ein lau gewordener Aufguss aus weit

zurückliegender Zeit. Die Linken und die Demokraten hatten mit Kwasniewski an ihrer Spitze im Wettlauf mit den PO-Liberalen keine Chance, beim Stichwort „bessere Zukunft“ bei jüngeren Wählern entscheidend zu punkten. Seine Zeit, das musste er bitter zur Kenntnis nehmen, ist zumindest in der Innenpolitik Polens abgelaufen. Er wollte noch einmal Galionsfigur sein und fiel dabei ins Wasser. Wer in zehn Jahren Amtszeit nach und nach, und teilweise sogar ohne Not, die meisten der einstigen Grundsätze über Bord warf, steht dann selbst in der Rolle eines bekennenden „Europäers“ und „Demokraten“ inmitten dramatisch zugespitzter politischer Auseinandersetzungen plötzlich eher hilflos herum. Ihn trieb es in die politische Mitte und er wurde bitter enttäuscht. Die Mehrheit der einstigen PD-Wähler (2005 fast 3%) wandte sich von LiD ab und wählte PO. Eine stärkere Profilierung nach links hielt Kwasniewski beizeiten für überflüssig.

Freilich darf das mäßige Abscheiden der Wahlaktion LiD nicht allein dem (geborgten) Spitzenmann angelastet werden. Die vorherrschende Botschaft war die Positionierung gegen die Kaczynskis, in der Hoffnung, hier konsequenter auftreten zu können als PO. Immerhin rechnete man ja damit, dass PO ernsthaft an eine zukünftige Koalition mit PiS denken muss. Man sah sich selbst in der Rolle desjenigen, der PO in dieser Frage vor sich hertreibt. Dabei traten Überlegungen zur Zukunft des Landes in den Hintergrund. Man wurde den Ruf nicht ganz los, eigentlich eine Formation zu sein, die zurück wolle in die Vor-Kaczynski-Zeit. Linke Kritiker machten frühzeitig darauf aufmerksam, dass der Aufstieg der Kaczynskis sehr viel mit den vielen sozialen Verwerfungen, den Versäumnissen und den offensichtlichen Ungerechtigkeiten in der Zeit bis 2005 zu tun hat. Dazu aber gab es keine Aussagen. Die eifrig vorgebrachte Botschaft hingegen, das Bündnis der einstigen Gegner zeige, wie alte Gräben auch in Polen sehr wohl zugeschüttet werden können, hat sich im Umfeld teils dramatischer Auseinandersetzungen als Ladenhüter erwiesen. Geholfen hat am Ende bei vielen Wählern die Einsicht, dass auf der linken Seite eine relevante Alternative nicht in Sicht war.

Die Verlierer

Zu den großen Verlierern zählen Roman Giertych (LPR) und Andrzej Lepper (Samoobrona), die von Mai 2006 bis Sommer 2007 Minister und stellvertretende Ministerpräsidenten waren. Ihre Parteien verfehlten nicht nur deutlich den Wiedereinzug in das Parlament, sie blieben auch weit unter der für staatliche Parteienfinanzierung obligatorischen 3%-Hürde. Giertych trat bereits als Parteivorsitzender zurück. Beide

Parteien werden es schwer haben, sich von diesem Tiefschlag zu erholen. Einige LPR-Aktivistinnen kündigten bereits an, am Aufbau einer neuen national-konservativen Formation mitwirken zu wollen. Sie halten PiS in einer ganzen Reihe von Fragen für inkonsequent, also für zu liberal (EU-Vertrag, Abtreibungsrecht usw.).

Zu den Verlierern zählt aber auch Leszek Miller, der 2001 noch ähnlich jubeln durfte wie heuer Donald Tusk. Der SLD-Mitbegründer und langjährige Parteivorsitzende (1999–2004) trat im September dieses Jahres demonstrativ aus der SLD aus, da ihm die Möglichkeit verwehrt wurde, im Rahmen von LiD zu kandidieren. Dankend nahm er eine Einladung von Samoobrona-Chef Lepper an, der ihm umgehend den Spitzenplatz in der Heimatstadt Łódź anbot. Vom Sejm aus, so sein Ansinnen, wollte er sich für den Neuaufbau einer Linken in Polen engagieren. Das Scheitern der Samoobrona bedeutet somit nicht nur das Aus für hochtrabende Pläne, es besiegelt zugleich den politischen Abschied eines der wichtigsten und zugleich umstrittensten Persönlichkeiten der polnischen Linken nach 1989.

Wenig trösten wird es Miller, dass mit ihm zusammen auf Samoobrona-Ticket auch Piotr Ikonowicz scheiterte, der in den 1990er Jahren unter Polens Linken den lautesten Kritiker am Miller-Kurs gab und sich über viele Jahre hinweg vergeblich für eine Neue Linke einsetzte.

Fazit

Die Zügel, die Jaroslaw Kaczynski der Gesellschaft anzulegen suchte, erwiesen sich von Anfang an als untauglich. Fahrlässig wurde mit demokratischen Freiheiten gespielt. Diejenigen, die öffentlich darauf aufmerksam zu machen suchten, befanden sich immer in schwieriger Situation. Zumeist wurde ihnen unterstellt, sie verkennten die eigene demokratische Tradition. Denn vor die Frage gestellt, für oder gegen Józef Pilsudski zu sein, den Staatsgründer von 1918, der ab 1926 mit wenig demokratischen Mitteln Staat und Gesellschaft „gesunden“ wollte, gingen noch viele in die Knie. Polens Bürger haben mit der Wahl einen wichtigen Schritt getan, heutige Gesundmacher rechtzeitig in demokratisch geltende Schranken zu weisen. Vielleicht werden die zurückliegenden zwei Jahre bald zu einem Lehrbeispiel dafür, wie es nicht geht. Die aufmerksamsten Zuhörer müssten dann jene sein, die meinen, es könne alles so bleiben wie es ist.

Entnommen von: www.rosalux.de. Holger Politt ist Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Sein Artikel erschien auch in der November-Ausgabe der Zeitschrift „Sozialismus“.



frühen Morgen hatte es schon Bombenanschläge auf Polizeifahrzeuge gegeben. Auch in Heraklion wurden Banken zum Angriffsziel jugendlicher Demonstranten. (indymedia.gr; rub)

Türkei: Staatsanwaltschaft beantragt Verbot der DTP

Die türkische Generalstaatsanwaltschaft beantragte beim Verfassungsgericht das Verbot der prokurdischen Partei DTP, die mit 20 Abgeordneten im türkischen Parlament vertreten ist. Ein weiteres Ziel des Verbotsantrags ist, dass die DTP während des Verbotsverfahrens nicht an Wahlen teilnehmen darf. Somit wäre die Partei von den anstehenden Kommunalwahlen im März 2008 ausgeschlossen. In den kurdischen Ge-

bieten stellt die DTP in fast allen größeren Städten die Bürgermeister. Im Antrag wird auch gefordert, dass gegen 221 namentlich genannte Führungskräfte der Partei und die 150.000 registrierten Parteimitglieder ein fünfjähriges Politikverbot verhängt wird. Das hätte zur Folge, dass die kurdischen Politiker nicht wie nach den Verboten der Parteien HEP, DEP und Dehap eine neue Partei gründen oder als unabhängige Kandidaten an den Wahlen teilnehmen könnten. Kommt dieser Antrag beim Verfassungsgericht durch, würde mit einem Schlag die jahrelange Arbeit der Legalisierung der kurdischen Anliegen in einer demokratischen Türkei beseitigt. Die Staatsanwaltschaft versucht so, der kurdischen Bewegung ihre Stimme zu nehmen, und treibt die Militarisierung der türkischen Gesellschaft auf einen neuen Höhepunkt. (rub; Bild: Zehntausende demonstrierten am 25.11. in Diyarbakir gegen die Kriegsdrohungen der TR und gegen die Repression in den Kurdengebieten.)



Zusammenstellung: scc

Belgien. Mit einer öffentlichen Protestaktion u.a. vor der EU-Kommission machten die gewerkschaftlich organisierten Reinigungskräfte jetzt auf die drastisch gestiegene Arbeitsbelastung aufmerksam. Durchschnittlich müssen sie inzwischen 700 m² pro Stunde, das entspricht vier Häusern, reinigen, mehr als 400 m² mehr als vor fünf Jahren. So z.B. in den Gebäuden der EU-Kommission. Hauptursache ist die Auslagerung der Reinigungsarbeiten durch zunehmend mehr Unternehmen, verbunden mit erheblichem Druck auf die Preise. Die Reinigungsfirmen laden den Konkurrenzdruck auf dem Rücken der Beschäftigten ab. Hinzu kommt, dass die Reinigungskräfte nur in den Zeiten arbeiten dürfen, in denen das betriebliche Personal nicht anwesend ist, das heißt in der Regel zwischen 5.30 und 9 sowie zwischen 18 und 22 Uhr. Dadurch sind Vollzeitstellen praktisch ausgeschlossen. Als kürzlich der Stahlbetrieb Arcelor-Zelzate von der Reinigungsfirma verlangte, die Reinigungsarbeiten in der Hälfte der Zeit zu erledigen, traten die Putzfrauen in den Streik. (Quelle: Indymedia Belgien)

Schweiz verlässt Afghanistan

Obwohl die Schweiz nur 2 bis 4 Stabs-offiziere in Afghanistan stationiert hat (bei der Bundeswehr in Kunduz), dürfte ihr Rückzug die Kriegscoalition schmerzen. Die Schweiz begründet den Schritt nämlich mit der Veränderung der Lage und des Einsatzes. Die friedenserhaltende Unterstütsungsoperation habe sich im südlichen Teil schrittweise in eine Operation zur Bekämpfung von Aufständischen verwandelt. Aus Respekt vor Verfassung und Gesetz könne sie, obwohl ihr Beitrag mehr symbolisch sei, nun nicht mehr mitmachen. (Quelle: NZZ)

Demonstration gegen US-Militärschule für Putschisten und Folterer

15.000 Menschen nahmen am 18. 11. an einer Demonstration von SOA Watch (School of the Americas Watch) gegen die US-Militärschule Western Hemisphere Institute for Security Cooperation in Georgia teil. Sie forderten die sofortige Schließung der Ausbildungsstätte für Folterer und Putschisten in Lateinamerika. Die Schule, besser bekannt unter ihrem früheren Namen School of the Americas (SOA), ist seit ihrer Eröffnung 1946 Ausbildungsort für lateinamerikanische Militärs. Bisher wurden mindestens 60.000 an der militärische Eliteschule ausgebildet, darunter zahlreiche lateinamerikanische Diktatoren wie Efraín Ríos Montt und Guillermo Rodríguez Lara sowie Fujimoris ehemaliger Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos. Zwei Drittel der Armeeoffiziere,

die in einem UN-Bericht über die Gräueltaten der Diktatur in El Salvador genannt wurden, waren auf Militärakademie gewesen. In Chile leiteten Absolventen der Schule die Geheimpolizei Pinochets und drei der Konzentrationslager der Militärdiktatur. 2002 versuchten Absolventen der Schule in Venezuela einen Militärputsch. Ob Mexiko, El Salvador, Guatemala, Honduras, Venezuela, Peru, Argentinien, Chile – immer waren Berater und Schüler aus der Militärschule in Georgia im Einsatz. (www.soaw.org; rub)

Griechenland: Aktionen zum 17. November

In ganz Griechenland fanden zum Teil sehr heftige Demonstrationen zum Gedenken an den 17. November 1973 statt. Damals gingen die Studenten am Polytechnikum zum offenen Aufstand gegen die Militärjunta über und besetzten die Hochschule. Ihr Protest wurde zwar mit Panzern zusammengeschossen, war aber der Ausgangspunkt für das Ende der Diktatur. In Athen demonstrierten 20.000. Ausgangspunkt war das Polytechnikum. Studenten, Schüler und Lehrer boykottierten an diesem Tag den Unterricht. Steine und Farbbeutel prasselten während der Demonstration gegen den Staatsgerichtshof und die Staatsbank. Es kam zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen mit den 8.000 aufgebotenen Polizisten. In Thessaloniki griffen Studenten nach der Niederlegung von Blumen am Denkmal des 17. November während der Demonstration das Polizeidepartment an. Am

BERLIN. Erfolgreicher Aktionstag gegen Gewalt und Zensur in ganz Europa. Europaweit fanden unter dem Motto: „Stand up for Journalism“ am 5. November Aktionen gegen Gewalt und Zensur statt. Dazu aufgerufen hatte die Europäische Journalisten-Föderation (EJF). Wie viele andere Gewerkschaften und Organisationen in Europa hatte sich die Fachgruppe Medien und ihre Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di dem Aufruf angeschlossen.

Kolleginnen und Kollegen in deutschen Medienbetrieben standen fünf vor elf von ihren Arbeitsplätzen auf, um der Kolleginnen und Kollegen zu gedenken, die weltweit Repressalien und Verfolgung ausgesetzt sind. 85 Medienschaffende ließen 2006 bei der Ausübung ihres Berufes ihr Leben, 88 sind es bereits in diesem Jahr, mehr als 200 Medienmacher sitzen derzeit in Haft.

<http://mmm.verdi.de>



Die Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ wurde beendet

BERLIN. Sie wurde gestartet am 26.1.2007, dem Vorabend des Holocaustgedenktags, an dem der Befreiung des KZs Auschwitz gedacht wird. Beendet wurde sie am 9.11.2007, dem Jahrestag der Reichspogromnacht. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten erklärt dazu: „Mit dem Ende der Kampagne ist der Kampf für ein Verbot der NPD noch lange nicht zu Ende. Es muss eine breite Diskussion und auch Druck entwickelt werden, damit aus der berechtigten Forderung Realität wird. Mit der Kampagne hat aber der Kampf für ein Verbot der NPD einen Höhepunkt erreicht. Mehr als 170.000 Menschen haben den Aufruf unterschrieben und unterstützen offen die Verbotsforderung. Viele hunderttausend Gespräche wurden geführt, Argumentationen entwickelt, Überzeugungsarbeit geleistet. Der „Kampf um die Köpfe“ wird aber auch weiterhin geführt werden müssen, selbst wenn unsere Verbotsforderung Erfolg haben sollte. Wenn wir aber so wie in dieser Kampagne weiter und zusammen arbeiten, dann wird es möglich sein, das Schreckgespenst des Faschismus zu bannen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

www.npd-verbot-jetzt.de

dju-Vorstand klagt gegen Vorratsdatenspeicherung

BERLIN. Die Mitglieder des Bundesvorstands der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di haben sich in ihrer Sitzung am 15. November 2007 geschlossen der Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten angeschlossen. Insbesondere aus Sicht von Journalisten höhlt die von der Bundesregierung angestrebte Regelung den Informanten-

schutz in eklatanter Weise aus. Verdeckte Recherchen werden so nahezu unmöglich, was einen nicht hinnehmbaren Angriff auf die Presse als Kontrollinstanz in der Demokratie darstellt. Darüber hinaus kritisiert die Journalisten-Gewerkschaft auch den mit der Speicherung verbundenen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger. Die dju ruft daher ihre Mitglieder auf, die Verfassungsbeschwerde zu unterzeichnen. Eine Vorlage ist unter <http://verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de> abrufbar.

<http://dju.verdi.de>

Bleiberecht für alle – Demonstration am 6. Dezember

BERLIN. Anlässlich der Innenministerkonferenz in Berlin rufen Flüchtlingsinitiativen zu phantasievollen Aktionen und Demonstration in Berlin auf. Der Bundestag und der Bundesrat haben im Sommer mit dem „neuen Zuwanderungsgesetz“ zahllose Verschärfungen beschlossen: die Erschwerung des Familiennachzugs, die Erschwerung der Einbürgerung für junge MigrantInnen, Sanktionen bei Nichtteilnahme an Integrationskursen, verminderter Leistungsbezug auf vier Jahre für nicht an-

erkannte Flüchtlinge, verschärfte Ausweisung und vieles mehr. Die Forderungen der Aktionsteilnehmer an die Innenministerkonferenz und den Bundestag lauten:

- Umgehend einen Abschiebestopp für alle Flüchtlinge zu verhängen!
- Zuwanderung ohne Rassismus und ein ganzes Bleiberecht umzusetzen.
- Abgeschobenen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat – die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.
- Menschen ohne Papiere ein Bleiberecht zu geben!
- Sowie Zäune und Mauern um Europa abzuschaffen, Fluchtwege zu öffnen und Menschen in Not großzügig aufzunehmen.
- Die Kinder- und Menschenrechte der UNO vollständig in der Bundesrepublik zu respektieren und umzusetzen!“

www.hier.geblieben.net

IPPNW-Klage gegen Biblis B

FRANKFURT A.M. Nach gründlichen Recherchen bereitet die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW eine Klage vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel vor. Ziel ist die Stilllegung des AKW Biblis B. In einer extra

Aktionstag am 8. Dezember für mehr Klimaschutz

BERLIN. Am 8. Dezember wird weltweit für mehr Klimaschutz demonstriert. Anlass ist die UN-Klimakonferenz in Bali, bei der vom 3. Dezember an Umweltminister aus mehr als 150 Staaten über ein Nachfolge-Abkommen des 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls verhandelt.

In Deutschland werden Aktionen und Demonstrationen u. a. in Berlin vom Lustgarten zum Brandenburger Tor und am Braunkohlekraftwerk in Neurath bei Düsseldorf stattfinden.

Aufgerufen sind alle, „die es satt haben – dass der Klimawandel die Armen noch ärmer macht, – dass die Politiker von Klimaschutz reden, aber nur halbherzig handeln, – dass in Deutschland über 25 neue Kohlekraftwerke geplant werden, – dass die Regierung vor den Automobil- und Energiekonzernen einknickt.“

www.die-klima-allianz.de



dafür erstellten Zeitung und einer DVD werden das Risiko eines Weiterbetriebes von Biblis B aufgeführt und Alternativen aufgezeigt. Die IPPNW ruft dazu auf, Zeitung und DVD in den kommenden Wochen und Monaten in den hessischen Städten und Gemeinden und darüber hinaus bundesweit zu verteilen. Das gefährliche AKW Biblis B stehe für die Gesamtheit der unverantwortlichen Atomenergie in Deutschland.

www.ippnw.de

92,3% stimmen für „Kurze Wege für kurze Beine“

GROßHEIDE. In der ostfriesischen Gemeinde Großheide stimmten am 11. November 2007 92,26% der Abstimmenden für den Erhalt der Grundschule im Ortsteil Berumerfehn. Bei einer Beteiligung von 46,04% stimmten immerhin 42,47 % aller Wahlberechtigten für den Vorschlag des Bürgerbegehrens. Entgegen eines Ratsbeschlusses vom Juni wird nun die Grundschule in Berumerfehn erhalten bleiben.

Der Bürgerentscheid in Großheide war der fünfte Bürgerentscheid im Jahr 2007. Erfreulich daran ist, dass nur einer der fünf Bürgerentscheide an den üblicherweise widrigen Bedingungen scheiterte. Alle vier gültigen Entscheide gingen im Sinne des Begehrens aus. Auch in Großheide wurden leider demokratische Standards wie Briefwahl und eine ausreichende Zahl von Abstimmungslokalen missachtet.

Dass die vier Bürgerentscheide in Tostedt, Delligsen, Bevern und Großheide das 25%-Quorum trotzdem reißten konnten, liegt vermutlich daran, dass die Initiativen die Bürger in ihren kleinen Gemeinden gut mobilisieren konnten. Plakate haben sicher ihren Anteil daran gehabt.

Dass die niedersächsische Gemeindeordnung nach wie vor reformbedürftig ist, zeigt die beschlossene Bürgerentscheidssatzung der benachbarten Gemeinde Krummhörn. Dort ist vorgesehen, dass die Bürger nur zwischen 9 und 13 Uhr zur Abstimmung gehen können. Zu hoffen ist, dass hier das letzte Wort noch nicht gesprochen. Möglich ist dort in den nächsten Monaten ein Bürgerentscheid über den Bau einer Wirtschaftsbrücke in Grimersum.

www.mehr-demokratie.de

Solidarität des fzs mit den protestierenden Studierenden in Frankreich

BERLIN. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) unterstützt die Studierenden in Frankreich in ihrem Protest gegen die aktuellen Hochschulreformen. Das vorgelegte Gesetz zur Hochschulreform wiederholt die Fehler, die in der Hochschulpolitik der vergangenen Jahre vieler deutscher Bundes-

Kommunales Wahlrecht Jetzt! Für alle Migrantinnen und Migranten

BERLIN. „Wir, die Unterzeichner, greifen die aktuellen Initiativen in einigen Bundesländern und Kommunen auf und wollen bundesweit der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten mehr Geltung verschaffen. Mit unserer gemeinsamen Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts wollen wir alle parlamentarischen Initiativen, insbesondere der Bundestagsfraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen unterstützen. Wir begrüßen auch die Bundesratsinitiative der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin Brandenburg und Schleswig-Holstein für die entsprechende Verfassungsänderung.

Wir fordern die Bundesregierung sowie SPD und CDU/CSU auf, ohne Verzögerung die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger zu schaffen.

Das allgemeine Wahlrecht ist konstitutives Element von Demokratie. Das ist ein selbstverständlicher Grundsatz eines demokratischen Rechtsstaats. Nur wer die Möglichkeit hat, durch die Wahl seiner Vertreterinnen und Vertreter an der Politik vor Ort zu beteiligen bzw. sich wählen zu lassen, wird ernst genommen! Diese Menschen sind dann nicht mehr Objekte des politischen Handelns, sondern gestalten das Leben in ihrem Umfeld aktiv mit.

Zum Wahlrecht gibt es derzeit keine Alternative. Denn Einbürgerung wird durch zu hohe Hürden erschwert. Diese müssen abgebaut werden. Aber auch für jene Migrantinnen und Migranten, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen können oder wollen, müssen das Wahlrecht haben. Poli-

sche Beteiligung, gleiche Rechte und Chancengleichheit sind entscheidende Voraussetzungen für das Gelingen der Integration!

Das kommunale Wahlrecht ist ein wichtiger Schritt hin zur rechtlichen Gleichstellung aller hier lebenden Menschen – unabhängig von Herkunft und Pass. Ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger ist deshalb in vielen EU-Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Schweden, Estland, Litauen, Slowakei, Slowenien und Ungarn sowie die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und Island bereits Standard. Gleichzeitig ist das kommunale Wahlrecht auch ein gewichtiger politischer Beitrag gegen Rassismus und Diskriminierung. Hier lebende Migrantinnen und Migranten sollten nicht nur am politischen Leben teilnehmen können, sondern auch durch ihr Wahlrecht die Möglichkeit haben, fremdenfeindlicher Politik oder rechtsextremen Parteien ihre Stimme zu entziehen.“

Attac (Sabine Leidig, Geschäftsführerin) • Attac-Koordinierungskreis (Detlev v. Larcher) • Bundesausländerbeirat (Memet Kilic, Bundesvorsitzender) • Bundesverband der Migrantinnen e.V. (Sidar Demirdögen, Bundesvorsitzender) • Föderation der demokratischen Arbeitervereine (Hüseyin Avgan, Bundesvorsitzender) • Foederation der Aleviten Gemeinden in Europa (Ali Ertan Toprak, Generalsekretär) • GLADT (Ü.Gürkan Buyurucu, Geschäftsführer) • IG Metall-Vorstand Ressort Migration (Nafiz Özbek) • Inga Nitz (MdBB) Die Linke Mitglied des Parteivorstandes, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) • Mehr Demokratie e.V. (Dr. Michael Efler, Mitglied des Bundesvorstands Mehr Demokratie e.V.) • Die Linke (Katina Schubert, stellvertretende Bundes-Vorsitzende Die Linke) • Türkische Gemeinde in Deutschland (Hilmi Kaya Turan, Stv. Bundesvorsitzender) • Verdi Migration (Sonja Marco)

www.agaby.de

länder gemacht worden sind. Unter dem Deckmantel einer angeblichen Hochschulautonomie werden Mitbestimmung und demokratische Strukturen der Hochschulen angegriffen und abgebaut. Die Regierung zieht sich aus ihrer Verantwortung für die Hochschulen zurück, indem sie auch die Finanzverantwortung an die Hochschulen gibt und ihnen die Verwaltung der viel zu geringen Finanzmittel in die Schuhe schiebt. Für den fzs ist dies eine inakzeptable Hochschulpolitik, die die öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen ignoriert und einseitige Interessenpolitik darstellt. Während immer mehr Geld eingespart wird und die finanzielle Situation der Hochschulen katastrophal ist, zieht sich die Politik zurück. Die finanziellen und sozialen Probleme der Studierenden kommen in den fran-

zösischen Vorschlägen zur Hochschulreform nicht vor. Sie sind aber nach wie vor ein zentrales Problem. Damit reiht sich die französische Politik in die Reihe undurchdachter und voreiliger Reformen ein, die auch in der Bundesrepublik schon fatale Auswirkungen hatte. Der fzs hat sich in der Vergangenheit gegen diese Politik gewehrt und unterstützt auch die KollegInnen in Frankreich dabei, sich dagegen aufzubegehren.

Der fzs unterstützt die Forderungen der Union Nationale des Étudiants de France nach einer Hochschulreform, die die Mitbestimmung von demokratisch gewählten StudierendenvertreterInnen sicherstellt, eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen vorsieht und die soziale Situation der Studierenden verbessert.

www.fzs.de

Die Gewinnstory der STEAG

- 1974/75 schließt die STEAG mit der Stadtverwaltung einen Vertrag über Fernwärmeversorgung.
- Ab 1981 folgen mehr als 15 Gestattungsverträge für weitere Stadtteile. Die Verträge können bis zum 30.6.2007 mit Wirkung zum 1.7.2010 gekündigt werden, andernfalls verlängern sie sich automatisch bis 2020.
- Im Frühjahr 2007 wirbt die STEAG bei den Essener Ratsfraktionen für ihren Antrag auf Erweiterung des Gestattungsgebietes auf Zollverein und die umliegenden Stadtgebiete. OB Reiniger tritt aus dem Beirat der STEAG aus.
- Am 20. Juni 2007 behandelt der Rat der Stadt die Verlängerung bzw. Kündigung des Vertrages mit der STEAG. Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF beantragt die Kündigung. Mit den Stimmen der CDU und SPD beschließt der Rat gegen die Stimmen von Die Linke /DKP/AUF, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/AE und EBB die Nichtkündigung. CDU und SPD hatten sich am Wochenende vorher mit OB Reiniger geeinigt.
- Am 25. Juni 2007 enthüllt die NRZ-Lokalredaktion Essen, dass der Stadtverwaltung Gutachten vorliegen, die bei Kündigung der Verträge jährliche Einnahmen bis zu 15,7 Mio. Euro erzielbar wären gegenüber 1 Mio. Euro Konzessionsabgaben aktuell. Die Fraktion Die LINKE/DKP/AUF beantragt daraufhin eine Sondersitzung des Stadtrates, weil diesem diese Informationen am 20.6.2007 nicht vorlagen.
- Am 29. Juni findet diese Sondersitzung des Rates statt. Der Antrag der Fraktion Die LINKE/DKP/AUF auf Kündigung der Verträge wird von den Fraktionen der SPD und CDU erneut abgelehnt.
- Am folgenden Tag, dem 30. Juni, verstreicht die Kündigungsfrist ungenutzt. Die Profite der STEAG können jetzt bis 2020 weiter sprudeln.
- Am 8. August beantragen die Ratsmitglieder der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF Akteneinsicht in die Gutachten nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Diese wird ihnen erst nach einer Mahnung gewährt.
- Am 28. September bestärkt die von der Fraktion eingeschaltete Bezirksregierung Düsseldorf die LINKE/ DKP/AUF in ihrer Kritik.
- Im Oktober geht das Spiel in eine neue Runde. Die STEAG droht der Stadt mit dem Rechtsweg, sollte diese ihr verweigern, das Gestattungsgebiet auf Katernberg und Stoppenberg zu erweitern. Dazu findet ein informelles Treffen des Oberbürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, FDP/AE und Grünen statt. Die Fraktion Die LINKE/DKP/AUF protestiert beim Oberbürgermeister, weil sie als einzige Fraktion nicht eingeladen wurde, und beantragt die Einberufung des Ältestenrates.

Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF im Rat der Stadt Essen hat vor kurzem ein Faltblatt mit einem Rückblick auf eine Auseinandersetzung im Sommer dieses Jahres herausgegeben. Es geht um die Verlängerung von Verträgen der Stadt Essen zur Fernwärmeversorgung mit der STEAG bzw. EVONIK. Im Folgenden dokumentieren wir einige Texte daraus.

Am 20.6. 2006 hat der Essener Stadtrat eine weitreichende Entscheidung getroffen. Mit den Stimmen der beiden großen Fraktionen CDU und SPD lehnte er eine Kündigung der Verträge mit dem Energiekonzern STEAG zur Belieferung der Haushalte in Essen mit Fernwärme ab. Dadurch laufen die Verträge bis 2020 weiter. Und – wie sich in vollem Umfang erst hinterher herausstellte – der Stadt geht viel Geld verloren, das sie bei einer Übernahme der Fernwärmeversorgung in eigener Regie eingenommen hätte. Alle kleinen Parteien im Stadtrat hatten denn auch für die Kün-

digung der Verträge gestimmt. Als in den Tagen danach bekannt wurde, dass die geschätzten Einnahmen der Stadt mit bis zu 15 Mio. Euro im Jahr oder 150 Mio. Euro in 10 Jahren erheblich höher lagen, als bisher von der Verwaltungsspitze angegeben, beantragte die Ratsfraktion DIE LINKE / DKP / AUF eine Sondersitzung des Rates.

Die Sitzung am 29.6.2007 brachte zwar keine Änderung der Mehrheitsverhältnisse, aber der Skandal wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Eine Lehre für die Zukunft sollte sein: Die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft ist nicht nur aus ökologischen Gründen sinnvoll, sondern bringt oft auch Geld in die städtischen Kassen. Das ist wichtig, weil in den nächsten Jahren weitere Diskussionen um Verträge der Stadt Essen über die Energieversorgung der Stadt Essen auslaufen. Deshalb haben wir hier ein paar Texte zu der Auseinandersetzung zusammengestellt.

Wolfgang Freye

STEAG-Deal zum Schaden der Stadt!

RWE-Verträge: Stadt Essen ist in der Pflicht

Wenn im Jahr 2014 die Stromwegeverträge mit dem RWE auslaufen, darf sich nicht wiederholen, was die Essener Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr mit der Nicht-Kündigung der Fernwärmeverträge mit der STEAG erleben mussten. Um zu verhindern, dass die Stadt Essen dann wieder auf mögliche Einnahmen in Millionenhöhe verzichtet, ist eine rechtzeitige und gründliche Untersuchung notwendig. Wie die Stadt Krefeld auch, könnte die Stadt Essen dann die Stromwegenetze in Eigenregie betreiben. In Krefeld sorgen die Einnahmen des städtischen Betriebs SWK Netze GmbH so für eine Verbesserung der Haushaltslage.

Angesichts der desaströsen Haushaltslage braucht auch Essen Mehreinnahmen. Schließlich wird Oberbürgermeister Reiniger nicht müde zu betonen, wie wichtig ihm die Haushaltskonsolidierung ist. Teure Gutachten werden erstellt, um überall Kosten zu senken, bei Kindern und Jugendlichen, beim Sport, in den Schulen. So wird insbesondere zu Lasten der sozial Benachteiligten in dieser Stadt rigoros gespart.

Ganz anders, wenn es um die Interessen der Essener Konzerne geht! Reiniger und die Fraktionen von CDU und SPD haben durch die Nicht-Kündigung der Fernwärmeverträge mit der STEAG (heute Evonik Fernwärme) Ende Juni 2007 auf mögliche Mehreinnahmen zwischen 8,6 und 15,7 Millionen Euro pro Jahr für die Stadt Essen verzichtet. Bei einer Vertragslaufzeit von zehn Jahren ist das ein Verlust bis zu 150 Millionen Euro.

Das ist ein Skandal! Dieselben Leute, die Krokodilstränen weinen, weil der

schwindende finanzielle Spielraum die kommunale Selbstverwaltung in Essen erdrosselt, machen die hochverschuldete Stadt um bis zu 150 Mio. Euro ärmer!

Zu spüren bekamen diese Politik im letzten Jahr die Kinder von Hartz-IV-Beziehern, denen die Ratsmehrheit von CDU und Grünen die Übernahme der vom Land gestrichenen Zuschüsse für die Schulbücher verweigert hatte. Dabei ging es gerade einmal um knapp 300.000 Euro. Auch der berühmte Masterplan Sport sieht Kürzungen vor, die besonders die Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen treffen.

Fraktionen von CDU und SPD: Liebediener der RAG

Die beiden großen Fraktionen sind vor dem Druck der STEAG eingeknickt. Die jetzige Evonik-Fernwärme (vormals STEAG) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen von Evonik (vormals RAG), der wiederum eng mit den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) in Verbindung steht. Alle drei Konzerne haben ihren Sitz in Essen. Da gibt es Seilschaften, Abhängigkeiten und andere enge Verbindungen zur örtlichen Politik. Da stellt sich die Frage, wer hier eigentlich das Sagen hat? CDU und SPD haben es mit zu verantworten, dass die enge Verzahnung der Energiekonzerne mit der Politik deren Geschäften dient und den Bürgern schadet.

Undank ist des Konzerns Lohn!

Obwohl die Evonik-Fernwärme sich auf Kosten der Stadt bis 2020 eine goldene Nase verdienen kann, bekommt die Stadtverwaltung jetzt den sprichwört-

lichen Tritt in den Hintern. Der Konzern kennt keine Freundschaft, wenn es um das Geschäft geht. Die Evonik-Fernwärme will das Weltkulturerbe Zollverein mit Fernwärme versorgen und gleichzeitig die Stadtteile Stoppenberg und Katernberg an ihr Fernwärmenetz anbinden, damit sich die Investitionen noch mehr lohnen. Damit verlieren die Stadtwerke Essen dort Gaskunden. Sie hat mit juristischen Schritten gedroht, sollte die Stadt Essen den Anschluss nicht genehmigen. Das ist die Quittung für die Unterwürfigkeit von Oberbürgermeister Reiniger, CDU und SPD! Haben sie allen Ernstes gedacht, RAG und STEAG würden zum Dank irgendeine Rücksicht auf die Stadt nehmen?

Die angebliche Sorge von Oberbürgermeister Reiniger um die „strategischen Interessen“ der Stadt als Konzernstandort, die er als Hauptgrund für die Verlängerung der Fernwärmeverträge anführte, hat sich damit nur wenige Monate nach der umstrittenen Entscheidung als Luftnummer erwiesen. Im Rahmenvertrag von 1981 ist die Möglichkeit für die STEAG, eine Schiedsgutachtenstelle bei Verweigerung neuer Gestattungsrechte anzurufen, ausdrücklich festgeschrieben. Es ist mehr als fahrlässig zu hoffen, sie würde darauf verzichten!

Kungelrunden statt offener Diskussion und Entscheidung

Wegen dieser Drohung der STEAG lud der Oberbürgermeister im Oktober die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, Grünen und FDP zu einem informellen Treffen ein – die Fraktion DIE

LINKE/DKP/AUF nicht. Diese Ausgrenzung ist kein Zufall. Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF hat den Fernwärme-Deal im Sommer am schärfsten kritisiert und sogar eine Sondersitzung des Rates durchgesetzt.

Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF steht für eine Politik, sich nicht mit dem Argument der leeren Kassen abzufinden. Mehr Geld ist da, wenn auch die Einnahmeseite deutlich gestärkt wird. Sie sieht in der Ausgrenzung durch den Oberbürgermeister einen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller demokratischen Kräfte. Einer internen Kungelrunde den Vorzug vor einer gleichen Information aller Fraktionen zu geben, zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF Oberbürgermeister Reiniger aufgefordert, den Grund der Nichteinladung zu erläutern und den Ältestenrat zu dem ganzen Vorgang einzuberufen.

Die Bezirksregierung hat bei der Fernwärme mit deutlichen Worten gerügt, dass die Verwaltung es versäumt hat, rechtzeitig vor Fristablauf Untersuchungen über die Fernwärmeversorgung und die Möglichkeiten einzuleiten, sie wieder in Eigenregie der Stadt zu übernehmen. Die Daseinsfürsorge muss in öffentlicher Hand bleiben und rekommunalisiert werden, wo es sich anbietet: Das lohnt sich für die Bürgerinnen und Bürger – dafür steht die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF. Nicht in Kungelrunden, sondern offen und öffentlich ist auszuloten, wie die Stadt Essen zum Nutzen ihrer Bürger mit neuen RWE-Verträgen ab 2014 ihre Einnahmen verbessert!

Gutachten: Mehreinnahmen bis zu 15,7 Mio. Euro jährlich möglich

Zwei gutachterliche Stellungnahmen aus Berlin von den Rechtsanwälten Gaßner & Coll. und von Dr. Nymoen von der SNPC wurden den Ratsmitgliedern nicht vorgelegt. In der Verwaltungsvorlage zur Ratssitzung am 20.6.2007 war nur vage von 5 Mio. Ertragspotenzial die Rede. Nur am Rande, bruchstückhaft und aus dem Zusammenhang gerissen wurde darauf hingewiesen, dass „seitens externer Fachleute“ das Ertragspotential „noch höher eingeschätzt“ wird, sollte die Stadt die Fernwärmeversorgung in Eigenregie übernehmen. Dr. Nymoen stellt aber für diesen Fall eindeutig Mehreinnahmen von 8,6 bis 15,7 Mio. Euro jährlich in Aussicht und zusätzlich einen Spielraum für Tarifenkungen. Gaßner & Coll. entwerfen sogar konkrete Vorschläge für die ersten Schritte nach der Kündigung. Die Stadt

habe bei Kündigung der Verträge drei Jahre Zeit, andere Optionen zu prüfen: Eine Ausschreibung, um mit einem neuen Anbieter höhere Konzessionsabgaben zu erhalten, oder die Übernahme der Fernwärmeversorgung in eigene Hand. Die Gutachter schlagen auch aus ökologischen Gründen die Kündigung des Vertrages mit der STEAG vor, weil dann die Stadt eine umweltschonendere Neuordnung der Fernwärmeversorgung vornehmen könnte. Beide Gutachten kommen fachlich unabhängig voneinander zu dem Ergebnis, dass die Fernwärmeverträge zu kündigen sind! Und das mit einer Eindeutigkeit, die Oberbürgermeister Reiniger vor dem Stadtrat vehement bestritten hat. Offensichtlich wollten er und die Fraktionen von CDU und SPD im Interesse der STEAG davon einfach nichts wissen.

„Rekommunalisierung“ ist der Trend

Bundesweit und auch in NRW rekommunalisieren viele Gemeinden Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und machen Privatisierungen wieder rückgängig. So haben die Stadtwerke Krefeld Teile des RWE übernommen, die Kreise Rhein-Sieg und Rhein-Hunsrück wieder die Müllabfuhr, und die Gemeinschaftsstadtwerke Kamen/Bönen/Bergkamen betreiben die Fernwärmeversorgung in eigener Regie. In Essen wurde diese Möglichkeit verschenkt. Deshalb muss umso sorgfältiger geprüft werden, welche Möglichkeiten sich für die Stadt ergeben, wenn 2014 die Stromwegeverträge mit dem RWE auslaufen.

Wir lehnen es strikt ab, das Angebot der kommunalen Dienstleistungen auf Bereiche zu beschränken, in denen kein Geld verdient wird, und die profitablen Bereiche an Privatunternehmen mit ihrem Profitstreben abzutreten. Vielmehr sollen Rekommunalisierungen durchgeführt werden, weil sich so eine verbesserte Qualität der Leistungen und sinkende Kundenpreise verwirklichen lassen sowie neue Einnahmequellen für die Kommunen. Das kommt den Bürgerinnen und Bürgern in zweifacher Hinsicht zugute. Erstens hat die Stadt mehr Geld für die kommunale Daseinsvorsorge. Zweitens werden die Abhängigkeiten von monopolartigen Ver- und Entscheidungsstrukturen ein Stück weit aufgebrochen. Das bedeutet auch berechenbare und bessere Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten.

Düsseldorf kritisiert OB

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat auf Bitte der Fraktion zur Überprüfung der Ratsentscheidung festgestellt, dass die Kündigung der Verträge angesichts der vorliegenden Gutachten „gerechtfertigt“ gewesen wäre. Ferner stellt sie ausdrücklich fest, dass die von OB Reiniger angeführten „strategischen Interessen“ der Stadt als Konzernstandort rechtlich nicht hinreichen, den Verzicht auf die Kündigung der Verträge mit der STEAG zu rechtfertigen ... Die Gewinninteressen der hochprofitablen Essener Energiekonzerne dürfen nicht höher gestellt werden als die der verschuldeten Stadt. Zwar scheut die Bezirksregierung die Konsequenz einer rechtlichen Beanstandung des Beschlusses, weil ein Rechtsverstoß nicht „eindeutig und zweifelsfrei“ festgestellt werden könne. Dazu hätte Reiniger und CDU/SPD eine „Pflicht zur Vertragskündigung“ verletzen müssen. Die bestand rechtlich nicht – aber die Pflicht zum Wohle der Stadt zu handeln bestand! Sie wurde verletzt. Die Bezirksregierung lässt keinen Zweifel daran, dass sie es politisch angesichts der desolaten Haushaltslage der Stadt für unzulässig hält, auf zusätzliche Einnahmen zu verzichten.



Schlappe für Privatisierer: LEIPZIG. In Leipzig wird es am 27. Januar einen Bürgerentscheid über den Verkauf der Stadtwerke geben. Ines Hantschick von der Initiative „Bürgerbegehren Leipzig“ erklärte, die Prüfung der knapp 42000 gesammelten Unterschriften sei jetzt abgeschlossen, es seien nur 20658 gültige Stimmen nötig gewesen. Das Vorhaben von Bürgermeister Burkhard Jung (SPD), die Stadtwerke Leipzig (SWL) an den französischen Energieriesen Gaz de France zu veräußern, war in der Bevölkerung auf massiven Widerstand gestoßen und hatte zur Bildung der Initiative geführt. Der Stadtrat hatte die Unterschriftenaktion bereits vorige Woche für juristisch zulässig erklärt. Jung habe diesbezüglich „Bedenken“ geäußert, weil das Bürgerbegehren sich in seiner Formulierung gegen den Verkauf aller Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge gerichtet hätte. Dabei habe „niemand die Absicht gehabt, alles zu verkaufen“. Der Stadtrat könne die Privatisierung nicht wie ursprünglich geplant am 12. Dezember beschließen, sondern werde statt dessen Jung beauftragen, den Bürgerentscheid zu organisieren. Laut Gemeindeordnung müßten beim Bürgerentscheid von den rund 400000 Stimmberechtigten 25 Prozent gegen die Privatisierung stimmen, um den Verkauf der SWL zu verhindern. Die Stadt Leipzig müßte sich in diesem Fall drei Jahre lang an den Beschluß halten. Dies könnte bei einer entsprechenden Formulierung nicht nur die Teilprivatisierung der Stadtwerke betreffen, sondern ein Privatisierungsverbot für die gesamte kommunale Daseinsvorsorge umfassen. (Junge Welt, 21. 11. 07)

Eintrittspreise der Bäder nicht erhöhen: FRANKFURT A. M. Die Fraktion DIE LINKE im Römer lehnt die vom Magistrat beabsichtigte Erhöhung der Eintrittspreise der Frankfurter Bäder strikt ab. DIE LINKE im Römer sieht stattdessen in der Beibehaltung der Saison- und Jahreskarte und in einer Erhöhung der Aufenthaltszeiten für Frankfurt-Pass-Inhaber von ein auf zwei Stunden die richtige sozial- und gesundheitspolitische Weichenstellung. „Der Besuch eines Bades wird z. B. für eine Familie mit kleinerem Einkommen zu einem Luxus, wenn die üblicherweise anfallenden Fahrkosten noch dazugerechnet werden. Und wir wissen, dass gerade in einkommensschwächeren Familien ein Nachholbedarf an sportlicher Betätigung, besonders für Kinder besteht.“ Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE gehören Sportstätten und Möglichkeiten, etwas für seine Gesundheit zu tun, zur Daseinsvorsorge. Diese müsse, unabhängig von der persönlichen finanziellen

Situation, für alle da sein. „Das Grundübel ist die falsche Weichenstellung der Politik. Durch die Ausgliederung der Bäderbetriebe hat die Stadt erneut einen Teil der Daseinsvorsorge der Gewinnerorientierung und Finanzkonsolidierung unterworfen. Eine Stadt darf weder als Konzern betrachtet, noch unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert werden. Sonst bleiben immer mehr Menschen auf der Strecke und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft nimmt dramatische Ausmaße an.“ www.dielinke-im-roemer.de

Drohungen gegen Kunden, nebulöse Zahlenspiele: NORDERSTEDT. Die Norderstedter Stadtwerke sollen mehreren KundInnen damit gedroht haben, bei fortwährender Ablehnung der Strom- und Gaspreiserhöhungen die Energiezufuhr zu kappen. Das geht aus einer aktuellen Erklärung der Bürgerinitiative Norderstedter Appell hervor. Außerdem wird der Stadtwerke-Tochter wilhelm.tel darin vorgeworfen, mit teuren Investitionen bis heute 50 Millionen Euro Mindereinnahmen für den städtischen Haushalt „erwirtschaftet“ zu haben. Die Drohung ist offenbar schriftlich bei den Betroffenen eingegangen und in mindestens einem Fall erst zurückgenommen worden, als die Kundin den Stadtwerken mit einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung drohte. Seit Monaten verweigern etliche Dutzend KundInnen der Stadtwerke die jüngsten Preiserhöhungen bei Strom und Gas. Sie berufen sich nach entsprechenden Hinweisen der Verbraucherschutzzentralen auf den § 315 BGB, der den Unternehmen bei derartigen Rechtsgeschäften „Billigkeit“ vorschreibt, also eine Art Verhältnismäßigkeit. Wird diese Billigkeit vom Unternehmen nicht nachgewiesen, kann die als „unbillig“ bewertete Erhöhung zunächst abgelehnt werden. Darüber hinaus wird Stadtwerken, Stadtpark GmbH und wilhelm.tel vorgeworfen, Gelder untereinander zu verschieben, damit die Öffentlichkeit zu täuschen. Außerdem vermutet der Norderstedter Appell, dass die eigens für die Landesgartenschau gegründete Gesellschaft Stadtwerke GmbH einen Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken geschlossen hat, damit sie ihre nicht unwahrscheinlichen Verluste später auf den öffentlichen Eigenbetrieb abwälzen kann. (Olaf Harning, www.infoarchiv-norderstedt.org)

Verwaltung bewegt sich: BRAUNSCHWEIG. Noch im September hielt es die Verwaltung für ausreichend, der Braunschweiger Kinderarmut mit zwölfmaligem kostenlosen „Baden gehen“ zu begegnen und das Thema „Kinderarmut in Braunschweig“ ansonsten

auf die Bundesebene zu schieben. So hieß es über einen Antrag der Linksfraktion für ein kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen, dass ein solcher Beschluss wegen fehlender Haushaltsmittel nicht umgesetzt werden könne. Doch nun erklärt OB Hoffmann unter dem Druck der Bewegung für einen Schulkostenfonds, dass ein Schulkostenfonds mit Sponsorengeldern eingerichtet werden soll und ein städtischer Anteil in den Haushaltsberatungen diskutiert werden müsse. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Rat der Stadt Braunschweig, Udo Sommerfeld: „Wir wollen, dass alle Kinder ein anständiges Mittagessen und vernünftiges Schulmaterial in den Schulen erhalten. Dies ist von unserem Grundverständnis her eine politische Aufgabe des Staates, die nicht von den Kirchen und schon gar nicht von „reichen Mitbürgern“ erfüllt werden sollte. Entsprechende Vorschläge liegen in Form von Haushaltsanträgen unserer Fraktion vor. Trotz dieser grundsätzlichen Kritik sagen wir aber vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnisse in Braunschweig: Wenn mit dem von Hoffmann vorgeschlagenen Sponsorenmodell folgende Punkte:

- kostenloses Mittagessen an Ganztagschulen für alle armen Kinder
- Zuschuss für Schulmaterial für alle armen Kinder
- Transparenz und Mitsprache von Rat und Verwaltung bei den „Kraft-Entscheidungen“ für die Betroffenen stigmatisierungsfrei erreicht werden, begrüßen wir ein solches Modell.“

www.die-linke-bs.de

Ein würdiges Weihnachten auch für Arme: ESSEN. Die Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF stellt für die nächste Sitzung des Rates der Stadt am 28. November einen Antrag auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für Sozialleistungsberechtigte. Demnach sollen Bezieherinnen und Bezieher von ALG II und von Grundsicherung, sowie Heimbewohner die Taschengeld erhalten, eine einmalige Hilfe in Höhe von 80,00 Euro für den Haushaltsvorstand und von 60 Euro für weitere Haushaltsangehörige erhalten. Die Fraktion bezieht sich dabei auf die Stadt Burghausen, die solche Hilfen gewährt. „Mit diesem Antrag will die Fraktion auf die prekäre Situation der vielen tausend Hartz IV Empfänger hinweisen“, so die Fraktionssprecherin Gabriele Giesecke. „Mit den jetzigen Hartz-IV-Regelsätzen ist ein würdiges Weihnachtsfest nicht möglich. Diese sind von Anfang an viel zu niedrig angesetzt worden und auch in den letzten Jahren nicht an die teilweise massiven Kostenerhöhungen, wie z.B. die Preissteigerungen für Lebens-

mittel, angeglichen worden. Selbst NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann von der CDU hat jetzt erkannt, dass zumindest die Regelsätze unterhalb des Existenzminimums liegen und zum Leben nicht reichen. „Ein weiteres Problem: Die in der früheren Sozialhilfe vorgesehenen Einmalleistungen, wie für Weihnachten, Kleidung, Einschulung, etc. gelten für die Bezieher von Hartz IV nicht mehr und sollen aus der monatlichen Regelleistung angespart werden. „Das ist eh unrealistisch. Wie soll das gehen, wenn im Regelsatz nicht einmal ein Betrag für das Weihnachtsfest vorgesehen ist?“, so Gabriele Giesecke weiter. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband fordert schon lange eine Anhebung des Regelsatzes auf 415 Euro im Monat.

Keine Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung in kommunalen Betrieben: OBERHAUSEN. Einstimmig wurde in der Ratssitzung der Antrag der Linke-Liste-Fraktion angenommen, dass die Verwaltung aus dem Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BPG sowie aus den Ergebnissen der Prüfung der Gemeindeprüfanstalt eine für die Öffentlichkeit zugängliche Vorlage erarbeiten soll. Des Weiteren soll die Verwaltung einen Ablaufplan vorlegen, wie dieser öffentliche Bericht in geeigneter Form und Zeit (z. B. Bürgerforen, öffentliche Hearings, Betriebsversammlungen, Homepage der Stadt, usw.) mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden kann. „Damit ist die Grundlage gelegt, im Frühjahr des nächsten Jahres eine breit angelegte Diskussion über die Sparvorschläge von BPG und GPA in der Bevölkerung zu führen.“, so Dirk Paasch, der schon in der Ratssitzung vor den versammelten Belegschaften von u. a. OGM, Theater und ASO für unsere Fraktion feststellte: „Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung in kommunalen Betrieben sind mit uns nicht machbar. An einer Privatisierung kommunaler Betriebe ist erst gar nicht zu denken. Das kulturelle Angebot steht für uns genauso wenig zur Debatte, wie das Angebot an Schwimmbädern. Nicht die Reduzierung des ÖPNV, sondern deren qualitative und quantitative Ausweitung muss unsere Aufgabe sein. Wer über die Privatisierung der Alteinrichtungen nachdenkt, entzieht sich seiner Fürsorgepflicht.“

www.dielinke-nrw.de

Kommunaler Schulmittelfonds: WINSEN (LUHE). DIE LINKE holt Mitstreiter an Bord. Gemeinsam mit den GRÜNEN und der Wählergemeinschaft FREIE WINSENER hat unser Rats Herr, Björn Huber, einen Antrag auf Bereitstellung von 60 Tsd. EURO in 2008 für

die Ausstattung eines städtischen Schulmittelfonds gestellt: „Die Stadt Winsen (Luhe) richtet einen Schulmittelfonds zur Unterstützung von Familien mit niedrigem Einkommen und Schulkindern ein. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur ersten Ratssitzung in 2008 einen Satzungsentwurf für die Gewährung von Zuschüssen aus dem Schulmittelfonds vorzulegen. In den Haushalt 2008 werden zunächst 60.000 als Basisbetrag eingestellt. *Begründung:* ... Insbesondere die Abschaffung der Lernmittelfreiheit durch das Land Niedersachsen und die dadurch entstehenden Kosten für die Schulbuchausleihe, die sich auf bis zu 100 belaufen, aber auch die Kosten für Einschulungsausstattung, Schultaschen, Schreibmaterial, teure Taschenrechner, Malkästen, Schulsportkleidung, Klassenfahrten und Schulaktivitäten haben mittlerweile schon fast den Charakter einer zweiten „Schulsteuer“ angenommen. Familien mit niedrigem Einkommen, insbesondere Empfänger von ALG II („Hartz IV“) können diese Ausgaben für Bildung mittlerweile nur noch unter Verzicht auf grundlegende andere Lebensbedürfnisse oder gar nicht mehr aufbringen. Im „Hartz-IV“-Regelsatz sind noch nicht einmal zwei Euro pro Monat für Schulbildung enthalten. Auch für Familien mit Einkommen etwas oberhalb der „Hartz-IV“-Regelsätze sind Schulausgaben mittlerweile eine schmerzliche Belastung.

www.kommunalpolitischesforum-nds.de

Keinen weiteren überdimensionierten Golfplatz: KÖLN. In die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 22.11.2007 hat die Verwaltung eine Vorlage eingebracht, die eine Änderung des Bebauungsplanes vorsieht. In Köln-Widdersdorf soll ein 140 ha großer 27-Loch-Golfplatz entstehen. Er soll sich zwischen dem Ortsgebiet von Widdersdorf und der A1 erstrecken. Bisher ist für den Süden des Gebietes landwirtschaftliche Nutzfläche vorgesehen. Der nördliche Teil ist im Bebauungsplan als öffentliche Grünfläche vorgesehen. Im Norden wird der geplante Golfplatz von der Bahnlinie Köln-Mönchengladbach, im Süden vom Zaunweg begrenzt. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen: „DIE LINKE KÖLN lehnt diese Rasenwüste entschieden ab. Jetzt kann diese große Fläche noch jeder nutzen. Nach dem Bau des Golfplatzes werden Anwohner und Spaziergänger auf den öffentlichen Rundweg um das riesige Areal abgedrängt.“ Detjen weiter: „Im Zug der Regionale 2010 wird östlich dieses Areals das Naherholungsgebiet „Landschaftspark Belvedere“ entstehen. Wir wollen nicht, dass Spaziergänger aus dem Naherholungsgebiet

kommen und dann vor einem riesigen Sperrriegel von Privatbesitz stehen.“

www.linksfraktion-koeln.de

EU-Kommission zur Daseinsvorsorge: BERLIN/KÖLN. Der Deutsche Städtetag hat deutliche Kritik an der Mitteilung der EU-Kommission geübt, in der sich die Kommission vor dem Hintergrund der Revision der Binnenmarktstrategie erneut zu den Leistungen der Daseinsvorsorge äußert. „Die Kommission hat offenbar aus der bisherigen breiten öffentlichen Diskussion und der daraus im Frühjahr dieses Jahres unter deutscher Ratspräsidentschaft eingeleiteten Kurskorrektur der EU keine Lehren gezogen und will unbeirrt an ihrer bisherigen Politik festhalten. Mit ihrer Interpretation der Regelungen des Vertrages von Lissabon zur Daseinsvorsorge missachtet die Kommission wesentliche Teile dieses Vertrages“, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Christian Ude. Ude betonte, der Reformvertrag sehe gemäß dem Subsidiaritätsprinzip stärkere Rechte der Mitgliedstaaten vor, selbst zu regeln, welche Aufgaben sie alleine erledigen und welche sie an Dritte vergeben wollen. Außerdem hätten sich die Mitgliedstaaten eindeutig dazu bekannt, die örtliche Gestaltungsfreiheit im Bereich der Daseinsvorsorge stärker achten wollen. Trotzdem bleibe die Kommission bei der Auffassung, dass nahezu alle öffentlichen Dienstleistungen dem Wettbewerb unterworfen werden müssten. Erreichen wolle die Kommission dies durch eine Ausdehnung der europäischen Vergaberechtsregeln auf immer mehr Bereiche. So schränke sie sogar gegenüber ihren ersten Entwürfen den Bereich, der bisher unstrittig nicht unter die Wettbewerbsregeln fiel, weiter ein. Nicht erfasst werden sollen jetzt nur noch, was mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden ist, während alles andere, auch Bildungs- und Kulturdienstleistungen und soziale Angebote, in den Wettbewerb gestellt werden sollen.

www.staedtetag.de

Stadtratsliste aufgestellt. MÜNCHEN. Am 18.11. stellte die LINKE in München ihre Liste zu den Stadtratswahlen im März 2008 auf. Brigitte Wolf, die vor sechs Jahren für die PDS in den Stadtrat gewählt worden war, und dem Herausgeberkreis dieser Zeitschrift angehört, wurde in einer Kampfabstimmung auf Platz 1 gewählt. Auf Platz 2 setzte sich mit Orhan Akman ein Gewerkschafter durch, der öffentlich vor allem wegen der Lidl-Kampagne bekannt ist. Das Wahlprogramm und die neue Ausgabe der Zeitschrift MitLinks unter www.dielinke-muenchen-stadtrat.de (Zusammenstellung: ulj)

Neue Warnstreiks im Einzelhandel: Weihnachten steht vor der Tür – wir auch?

HAMBURG. Seit Monaten befinden sich die Beschäftigten im Einzelhandel in einer harten tarifpolitischen Auseinandersetzung um Arbeitslöhne und -bedingungen. Dabei geht es zum einen um die von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di geforderte Erhöhung der Grundlöhne um 5%, mindestens aber 100 Euro im Monat. Zum anderen möchten die Arbeitgeber u.a. die bisherigen Nacht- und Spätzulagen ersatzlos streichen.

Der laufende Arbeitskampf dreht sich also nicht nur um die Erhöhung des Grundlohns, sondern auch um die Regelungen des Manteltarifvertrages (Arbeitszeit und ihre Bezahlung) für die 56.000 im Einzelhandel beschäftigten Kolleginnen. Derzeit leben wir mit einem gekündigten Manteltarifvertrag, der u.a. die Zuschläge für die späten unattraktiven Arbeitszeiten regelt. Wir bekommen gegenwärtig für die Arbeitszeit ab 18.30 bis 20 Uhr 20% – für die Arbeitszeit ab 20 Uhr 50% Zuschlag. Geplant ist nun, die gesamte Woche von Montag bis Samstag (am liebsten auch noch den Sonntag) zur Normalarbeitszeit zu erklären – ohne jegliche zusätzliche Vergütung und ohne Rücksicht auf soziale Bindungen. Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld stehen zur Disposition, sowie die Freistellung „aus besonders begründeten Anlässen“.

Bereits Anfang Juli sprachen sich 90% der gewerkschaftlich organisierten Be-

schäftigten im Hamburger Einzelhandel für einen Arbeitskampf aus. Seitdem hat es immer wieder Warnstreiks gegeben, die aber bisher ohne Erfolg blieben.

Nun sind erneut viele Kolleginnen einem Aufruf zum Streik gefolgt. Als am Donnerstag vorletzter Woche die ersten Schilder und Fahnen befestigt wurden, wusste noch niemand, welche Dynamik sich dieses Mal entwickeln würde. Am Montag letzter Woche gab es dann den bisher größten Streiktag im Hamburger Einzelhandel. 1.700 Kolleginnen fanden sich in der Petri-Kirche ein. Die Solidarität des Kirchenmannes war uns gewiss und wir hofften alle, dass es noch mehr Kirchenmänner und -frauen gibt, die uns in unserem Kampf auch gegen die Sonntagsarbeit unterstützen werden.

Auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz fand die erste große Kundgebung an diesem Tag statt und Rednerinnen verschiedener Firmen berichteten von ihren Empfindungen. Viele Beschäftigte waren zum allerersten Mal bei einem Streik dabei und wurden begeistert empfangen. Zahlreiche Kolleginnen von Rewe, Penny, Toom, Karstadt, Sky, Thalia, Schlecker, Kaufland, Teal, den Rewe-Lagerhäusern und Alsterhaus sowie Sport-Scheck waren dabei.

In einem kilometerlangen Demonstrationzug ging es weiter zum Arbeitgeberverband des Einzelhandels, wo uns ein Vertreter des Verbandes Rede und

Antwort stehen musste. Die Wut der Menschen war so groß, dass wir zeitweise Angst hatten, dass der Arbeitgeberrepräsentant diese Wut auch körperlich zu spüren bekam. Seine Argumente kannten wir schon, sie haben uns nicht überzeugt. Uns hat es gut getan, unsere Wut und Enttäuschung mal herauszuschreien.

Wenn man sich vorstellt, dass ein 3-facher Vater von 2006 Euro brutto leben muss und nun auch davon noch durchschnittlich monatlich zwischen 60 Euro und 250 Euro verlieren soll, je nachdem, wie oft er Spätschichten macht, ist das eine Katastrophe!

Die Arbeitgeber im Pilotbezirk NRW boten 1,7% Gehaltserhöhung, wenn die Zuschläge gesenkt bzw. abgeschafft werden würden. Bei all den Nullmonaten wäre das eine Schande!

Von den Gehaltsdiskussionen abgesehen, sind für uns noch ganz andere Aspekte in diesem Arbeitskampf von Bedeutung: planbare Arbeitseinsatzzeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Altersvorsorge, Gesundheitsschutz, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und der Überfallschutz.

Die Arbeitgeber sitzen uns seit Monaten in den Tarifkommissionen gegenüber und schweigen. Aber das soll sich jetzt ändern: Wir wollen einen Abschluss, der menschenwürdiges Arbeiten ermöglicht, noch in diesem Jahr!

Diskussion: Unterstützen wir ihren Widerstand? Oder wollen wir zusehen, wie die Kollegen der GDL isoliert werden?

Hamburg. Diskussionsbeitrag zu einer Veranstaltung des Ortsvereins ver.di und Jour Fixe der Gewerkschaftslinken

Wie stellen Gewerkschafterinnen dar, dass sie in Bewegung sind? Erste Möglichkeit: Sie rutschen gemeinsam mit ihren Stühlen nach vorne in Richtung Podium, damit die hinten noch außerhalb des Raumes Stehenden noch Platz finden. So geschehen am Montag im Gewerkschaftshaus. Zweite Möglichkeit: Sie bewegen sich auf eine kleine, nicht im DGB vertretene Gewerkschaft zu, die seit Monaten im Streik gegen die mächtige Deutsche Bahn liegt. Das ging bis zur Schmerzgrenze, nämlich bis der GDL-Vertreter am Ende der Veranstaltung offen legte, was er zuvor trotz von ihm für möglich gehaltener Eierwürfe nur negativ umschrieben hatte: dass er Mitglied der F.D.P. sei, aus der er auch keineswegs auszutreten gedenke, weil er nur innerhalb seiner Partei und nicht von außen etwas bewirken könne.

Doch zunächst der Reihe nach: Die Veranstaltung zum Lokführerstreik war von der ver.di-Spitze, wie zu ihrem Be-

ginn mitgeteilt wurde, keineswegs gern gesehen; die Veranstalter hatten sich aber nicht von ihrem Vorhaben abbringen lassen.

Nachdem zunächst ein ver.di-Vertreter äußerst publikumswirksam seine kritisch-solidarische Position zum Lokführer-Streik dargelegt hatte, erhielt der GDL-Bezirks-Vorsitzende Norbert Quitter das Wort. Der Schwerpunkt seines Einführungsbeitrags lag auf einer kritischen, zugleich aber auch selbstkritischen Darstellung der Phasen der Zusammenarbeit bzw. der Trennung nach dem Auseinanderbrechen der Kooperation der drei Gewerkschaften Transnet, GDBA und GDL seit der (zunächst nur formalen) Bahnprivatisierung von 1994, – seit der Zeit also, seit der die Bahn eine AG im 100 %-igen Besitz des Bundes ist. In dieser Zeit wurden zwischen der Bahn und den genannten Eisenbahnergewerkschaften vier Beschäftigungssicherungsbindnisse abgeschlossen, von denen Quitter zugab, dass sie auch ihre Schattenseiten gehabt hätten; so ist auch die von ihm erwähnte Tatsache einzuordnen, dass seit dieser Zeit die Zahl der

bei der Bahn Beschäftigten von 440 000 auf die Hälfte reduziert wurde.

Diese Zusammenarbeit endete im Jahre 2002 mit dem von Transnet und GDBA abgeschlossenen Regio-Ergänzungstarifvertrag, der einseitig zu Lasten der Lokführer und Zugbegleiter ging. 2003 forderte die GDL zum ersten Mal einen eigenen Tarifvertrag, den sie sich im April desselben Jahres durch eine Schlichtung sichern musste... Seit Ende 2005 lief dann nichts mehr gemeinsam mit Transnet und GDBA. Im Mai 2006 legte die GDL die Forderung nach einem eigenen Fahrpersonaltarifvertrag vor; im Dezember versuchte die Bahn der GDL vor Gericht (schon damals!) das Streikrecht zu bestreiten. Im Juli begannen dann die Streiks...

Bemerkenswert an dieser Veranstaltung war, wie schon oben angedeutet, dass sie überhaupt im Gewerkschaftshaus stattfinden konnte. (Selbst der Parteivorstand der Partei Die Linke hatte sich erst am vergangenen Wochenende zur – dann allerdings einstimmig beschlossenen – Unterstützung des GDL-Streiks durchringen können; vgl. jw,

Am Dienstag letzter Woche haben wir dann Berlin besucht. Dort tagte der Hauptverband der Arbeitgeber im Handel mit unserer Kanzlerin im Hotel Maritim. Von Hamburg aus fuhren 19 vollbesetzte Busse in aller Frühe los. In eisiger Kälte, aber bei Sonne lauschten wir den Reden aus allen Ländern der Republik und waren kilometerweit zu hören zwischen den Häuserschluchten, zusammen mit Tausenden Kolleginnen aus vielen Bundesländern.

Das war wohl auch das ausschlaggebende Signal, wenn wir den GewerkschafterInnen glauben. Die Arbeitgeber wollen wieder reden – aber über was?

Am Mittwoch wollte die Gewerkschaft den Streik unterbrechen, hat aber nicht mit der starken Ablehnung der Kolleginnen gerechnet. Wir stimmten nach feurigen Reden einiger Mitkämpferinnen ab und mit überwältigender Mehrheit hieß es dann: Wir machen weiter! Die Arbeitgeber rechneten fest damit, dass wir am Donnerstag alle wieder zur Arbeit erscheinen würden. Allein aus diesem Grund musste es weitergehen.

Der Streik wurde nun fast ausschließlich in Eigenregie weiterorganisiert. Innerhalb von 20 Minuten haben wir untereinander abgestimmt, wer, wann, wo auftaucht und Flagge zeigt. Es war eine überwältigende Erfahrung, wie wir in Farmsen die Manager von real das Fürchten gelehrt haben. Mit Sicherheitspersonal hat man versucht, uns am Betreten des Marktes zu hindern. Aber ein/e richtiger Kämpfer/in lässt sich

nicht aufhalten! Einige von uns erhielten Hausverbot – die Polizei war amüsiert, aber immer vor Ort.

Bedauerlich war der Einsatz von Streikbrechern einer Verleihfirma, die schon beim letzten Streik unangenehm aufgefallen war. Die Mitarbeiterinnen dieser Firma haben keine Chance, sich gegen diese Einsätze zu wehren. Man konnte ihnen zum Teil ansehen, dass sie lieber bei uns draußen stehen würden. Aber: Wenn sie sich weigern, verlieren sie ihre Arbeit!

Am Freitag kam es dann zu einem weiteren Höhepunkt u.a. in Billstedt: Die ganze Brücke vor dem Einkaufszentrum wimmelte von Fahnen und Streikwesten. Kolleginnen der anderen fünf Toom-Märkte unterstützten uns in unserem Kampf, auch Kolleginnen von Penny-Märkten kamen dazu. Wir verteilten Flugblätter an die Kundinnen und stellten fest, dass die Mehrheit unseren Kampf gutheißt. Auch bei den vorausgegangenen Streiks war die Resonanz aus der Bevölkerung positiv und wohlwollend. Für die wenigen giftigen Bemerkungen haben wir nur mitleidige Blicke. Der Streik im Einzelhandel wurde am Samstag unterbrochen. Wir hoffen auf konstruktive Verhandlungen, so dass wir noch vor Weihnachten einen ordentlichen Tarifvertrag haben.

Ansonsten: Weihnachten steht vor der Tür – wir auch!

Elisabeth Baum, 19.11.

Quelle: www.hier-ist-die-linke-hamburg.de

Aus: Lokalberichte Hamburg Nr. 24

19.11.07).) Außerdem war die fast einhellige Unterstützung des GDL-Streiks durch die anwesenden Gewerkschafterinnen, die sicherlich fast ausschließlich dem DGB angehörten, auffällig. Hickhack zwischen Transnet und GDL in Form eines Podiumsbeitrags eines Transnet-Mitglieds blieb die absolute Ausnahme und ging zu Ungunsten des Transnet-Kollegen aus.

Um zu einer weiteren Auffälligkeit zu kommen: Die Diskussionsrunde wurde umrahmt durch Beiträge von zwei kritischen Transnet-Mitgliedern und bekam dadurch ihr besonderes Gepräge. Der erste wies auf die Bedeutung des Themas der geplanten Bahnprivatisierung hin, die den Hintergrund für die jetzige Streikbewegung bilde; im Klartext: die Vorbereitung auf den geplanten Börsengang zieht die von der Bahn praktizierten und vom Transnet-Vorsitzenden Norbert Hansen mitgetragenen Einsparungen im Personalbereich notwendiger Weise nach sich; daraus wiederum ergibt sich die Tarifpolitik. Der letzte Diskussionsredner – wie gesagt, auch von Transnet – sprach nicht nur seine eigene Solidarität für den GDL-Streik aus; er berichtete auch davon, dass diese Haltung von seinen Arbeitskollegen geteilt werde, und schließlich äußerte er seinen

Unmut darüber, dass Hansen den einstimmigen Bahn-Vorstandsbeschluss zur Unterstützung Mehdnorns im Abwehrkampf gegen den Lokführer-Streik ermöglicht hat.

Es blieb einer Beschäftigten der IG Metall vorbehalten, gegen Ende der Veranstaltung die Atmosphäre zu vergiften, indem sie den Begriff des „Arbeitskampffetischismus“ in die Debatte einführte und zu allem Überfluss noch der GDL unterstellte, sie verbinde mit dem Lokführer-Streik organisationsegoistische Ziele (...)

Die Veranstaltung erschöpfte sich nicht in bloßen Worten; es wurden verschiedene Formen der Solidarität mit diesem Streik empfohlen, von dem Rolf Becker sinngemäß sagte: „Wenn dieser Kampf verloren geht, dann wird die Niederlage auch unsere Niederlage sein.“ Erstens wurde empfohlen, auf der Seite www.bahnstreik-soli.de zu unterschreiben, zweitens, für den nicht von der GDL, sondern u.a. von Rolf Becker verwalteten Solidaritätsfonds zu spenden, und schließlich schlug – drittens – derselbe Rolf Becker vor, eine Solidaritätsdemonstration vorzubereiten, was vom Publikum mit kräftigem Applaus quittiert wurde.

Lothar Zieske

Aus: Lokalberichte Hamburg Nr. 24, gekürzt

Demonstration gegen das Tarifikdiktat der hessischen Landesregierung

WIESBADEN. Rund 3.000 Mitglieder der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, GEW, GdP, IG BAU, ver.di und der dbb-tarifunion haben am 13. November 2007 erneut in Wiesbaden gegen das Tarifikdiktat der hessischen Landesregierung demonstriert. Der DGB-Vorsitzende Stefan Körzell kritisierte unter Rufen „Koch muss weg!“, dass der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf für den Tarifbereich des Landes in die von der Verfassung garantierte Tarifautonomie eingreife und Koch somit Verfassungsbruch begehe. Andere betroffene Beschäftigte sagten, Koch verdiene die rote Karte für undemokratisches Verhalten und man müsse den Anfängen wehren, damit nicht noch länger gearbeitet werden müsse. Ein ver.di Kollege aus Kassel sagte: „Das Geld von Koch nehme ich nicht an, der kann sich's hinten reinstecken. Ich habe auch meinen Stolz. Ich will einen ordentlichen Tarifvertrag.“ www.hessen.dgb.de

3.500 Jugendliche demonstrieren für Ausbildung und Übernahme

NÜRNBERG. Über 3.500 Jugendliche aus ganz Bayern haben am 24.11.2007 in Nürnberg für Ausbildungsplätze und die Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis demonstriert. Sie zogen in einem Protestmarsch durch die Nürnberger Innenstadt. Vor der Industrie- und Handelskammer legten Demonstrationsteilnehmer mehrere tausend Postkarten nieder, die bayerische Jugendliche an die Verbandsvertreter geschrieben haben. „In der IHK sitzen nicht nur die Verantwortlichen für die Ausbildungsmisere“, sagte der Bezirksjugendsekretär des DGB Bayern, Mario Patuzzi, „dort sitzen auch die, die das Problem kleinreden und eine gesetzliche Umlagelösung verhindern.“ Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly forderte eine politische Initiative für die Ausbildungsumlage. Der Vorsitzende der DGB-Region Mittelfranken, Stephan Doll betonte abschließend die Rolle von Landesregierung und Kommunen, die im öffentlichen Dienst in Bayern selbst ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen müssten. „Wir fordern eine Ausbildungsquote von 7 Prozent in allen Verwaltungen und Betrieben des Landes und der Kommunen.“ Er kritisierte zudem die Zweckentfremdung der Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit ... Damit müssen überbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, für Jugendliche, die zum Teil seit Jahren keinen Ausbildungsplatz erhalten haben.“ Dies sei vorausschauende Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosigkeit durch Ausbildung und Qualifizierung vermeidet und langfristig Kosten spart. www.bayern.dgb.de

**Wir haben es geschafft –
Weitersammeln**

**Unterschriftensammlung für
die Bundesarbeitsgemeinschaft
„Konkrete Demokratie – Soziale Be-
freiung“ ArGe in der Linkspartei**

In acht Landesverbänden müssen sich ein Zweihundertstel der Mitglieder für die Bildung der Arbeitsgemeinschaft aussprechen. Inzwischen sind 124 Unterschriften in acht Landesverbänden der alten Bundesländer gesammelt worden. Wir haben es geschafft. Wir haben die Unterlagen in Berlin eingereicht!

Bitte sammelt weiter,

weil die Verteilung der Parteitage delegierten vermutlich nach der Anzahl der Mitglieder der jeweilige Arbeitsgemeinschaft verteilt werden. Für das Nachsammeln haben wir jetzt noch Zeit bis zum 31.12.2007. Vielen Dank.

Landesverband	Nötige U	Reale U
Baden-Württemberg	9	19
Bayern	9	9
Berlin	48	14
Bremen	2	2
Hamburg	5	8
Hessen	8	8
Niedersachsen	10	18
Nordrhein-Westfalen	21	32
Rheinland-Pfalz	6	4
Schleswig-Holstein	4	10
Gesamt	122	124

Unterschriften faxen, mailen oder mit der Post schicken:

Jörg Detjen, c/o GNN Verlag mbH,
Venloer Str. 440, Toskana-Passage
50825 Köln.

Fax: 0221-21 53 73

Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Die Linke muss Europa als Hand-
lungsfeld sehen**

ND-Gespräch mit Lothar Bisky zu Zielen und Aufgaben der ELP

Der 2. ELP-Kongress diente der Bestandsaufnahme nach drei Jahren, verdeutlichte aber auch die Schwierigkeiten, die die Linke bei der Konkretisierung ihrer europapolitischen Vorstellungen hat. Dabei zeigt ihre friedenspolitische Arbeit, wie das Profil der Partei erfahrbarer gemacht werden kann. Lothar Bisky ist am Sonnabend auf dem zweiten Kongress der Europäischen Linkspartei in Prag zum neuen Vorsitzenden der ELP gewählt worden. Mit ihm sprach in der tschechischen Hauptstadt Uwe Sattler.

ND: In anderthalb Jahren will Europas Linke einen gemeinsamen Europawahlkampf führen. Ist dieses Ziel realistisch?

Bisky: Es ist realistisch, und ich werde mich voll und ganz dafür engagieren. Die Europäische Linkspartei macht einen Sinn, um mehr Gemeinsamkeiten

für ein anderes Europa auf den Weg zu bringen. Dabei sind die Europawahlen ein wichtiger Punkt. Wir haben alle Voraussetzungen, um dort gemeinsam anzutreten und uns abzustimmen. Nicht in allen Aspekten, es wird auch Unterschiede geben zwischen den Parteien. In den entscheidenden Fragen jedoch – europäisches Sozialstaatsmodell, Einsatz für Abrüstung und nicht Aufrüstung, wie im EU-Reformvertrag vorgesehen, mehr direkte Demokratie – wird man sich einigen können und müssen.

Fausto Bertinotti hat eine durchaus kritische Bilanz gezogen. Wo liegen die Probleme?

Auch ich bin nicht zufrieden. Natürlich ist der nationale Rock manchem näher als das internationale Hemd. Auch in Deutschland, da unterscheiden wir uns nicht. Wir haben jedoch ein gemeinsames Ziel, eine ähnliche Analyse der Gegenwart und Position dazu, was nötig ist. Fausto Bertinotti hat gesagt, dass die Linke verschwindet, wenn sie nicht zusammenfindet. Das ist auch meine Ansicht. Wenn wir es nicht verstehen, mehr Gemeinsamkeit, mehr gemeinsame Politik in Europa zu entwickeln, kann die Linke bedeutungslos werden, und das möchte ich nicht.

Stichwort Vertrag von Lissabon. Hat sich Europas Linke darauf eingestellt, dass er in Kraft treten wird, oder ist er noch zu stoppen?

Zu diesem Vertrag sagen wir Nein. Ob wir ihn stoppen können, weiß ich nicht. Wir wollen auf jeden Fall dafür Sorge tragen, dass die Bevölkerung mitentscheidet. Wenn es nach mir ginge, würden wir versuchen, Veränderungen vorzunehmen. So ist eine Aufrüstungsagentur in Europa absolut überflüssig. Europa ist der Kontinent, von dem dauerhaft Frieden ausgehen sollte und nicht eine Nachahmung der USA-Politik.

Im Vertrag gibt es durchaus auch Passagen, die positiv bewertet werden können, z.B. jene zu Bürgerbegehren. Wäre es nicht eine Aufgabe, sich dafür einzusetzen, sie schnell umzusetzen?

Wir werden eine Reihe von Dingen, die vernünftig sind – auch das Europäische Parlament hat ja etwas mehr Einfluss bekommen – als positiv erwähnen. Wir werden nicht alles in Bausch und Bogen ablehnen. Aber in den Grundfragen ist es natürlich problematisch. In Deutschland denkt die Große Koalition noch nicht einmal daran, die Bürgerinnen und Bürger zu fragen. Das finde ich selbstherrlich. Wir bestehen darauf, dass in Deutschland auch die Bevölkerung gefragt

wird. Da werden wir Ärger machen, darauf hinweisen, dass man auf diese arrogante Weise nicht Europa bauen kann.

Wie soll der Ärger aussehen?

Wir machen konkrete Vorschläge für ein Referendum. Dazu wird es auch im Bundestag Anträge von uns geben. In einigen anderen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit für ein Referendum zwar größer als in Deutschland, aber wir werden gemeinsam dafür kämpfen. Wir führen in Europa eine Unterschriftensammlung durch, um Referenden einzufordern, und wir wollen den Weg zu einer besseren EU aufzeigen sowie Alternativen deutlich machen. Das ist ja auch das Motto dieses Kongresses. Dazu gehört etwa, das europäische Sozialstaatsmodell nicht abzuschreiben, sondern neu zu konstruieren, soziale Mindeststandards zu entwickeln. Da gibt es viele Ideen.

Das Thema Europa wird nach dem Prager Kongress also auch bei den deutschen Linken weniger stiefmütterlich behandelt werden?

Ich würde gern dazu beitragen, dass sich das ändert. Wir sind Teil der EU. Mit allen wichtigen Dingen des Lebens, der Politik, der Kultur sind wir mit ihr verknüpft, wir sind geschichtlich durch tausend Bande mit Ost- und Westeuropa verwoben. Wir wären gut beraten, wenn wir als Linke Europa als Handlungsfeld und nicht als fernes Ausland sehen.

Manifest für Gute Arbeit

Unter dem Titel „Gute Arbeit – Gutes Leben“ hat die Fraktion DIE LINKE ein Manifest für eine gerechte Arbeitswelt vorgelegt. Das Manifest bilanziert die Entwicklung des Arbeitsmarktes, kritisiert die zugrunde liegenden politischen Entscheidungen und entwickelt Grundlinien und konkrete Vorschläge für eine alternative Entwicklung der Erwerbsarbeit.

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7756633852.pdf>

Lafontaine zu Merkelshalbzeitbilanz

Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte am 23. ein Interview mit Lafontaine:

Wenn man sich den ideellen Arbeiterführer Rüttgers anschaut, die Frauenvorkämpferin von der Leyen, die sozialdemokratisch gewandete Kanzlerin Merkel: Wäre es für die Linke da nicht ratsam, gar nicht mehr mit der SPD zu kokettieren, sondern gleich mit der CDU zu koalieren?

Antwort: Solche Spielchen überlassen wir den Grünen, Frau Merkel ist nun wirklich keine Braut für uns.

Zusammenstellung: jöd

Last Exit Afghanistan

Der im September, vor Beschlussfassung des Bundestages über die weitere Mandatierung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr publizierte Beitrag zeichnet die völkerrechtliche und politische Problematik des Afghanistan-Krieges nach. Wir dokumentieren ihn, weil er die Debatte der LINKEN über die weitere Zukunft der Region kommentiert: Der Autor vertritt eine Exit-Strategie und die Vorbereitung einer demokratischen Loya Jirga. (Red.)

Am 11. September 2001 verloren bei den Anschlägen auf das World Trade Center in New York, das Pentagon in Arlington (Virginia) sowie bei dem Absturz einer weiteren Passagiermaschine in Pittsburgh (Pennsylvania) Tausende Menschen ihr Leben. Das Verbrechen geschah am internationalen Tag des Friedens, die United Nations (UN) beabsichtigten an diesem Tag die Eröffnung der 56. Generalversammlung in New York.

Das Terrornetzwerk Al-Qaida bekannte sich zu den Anschlägen. Der Angriff geschah ohne formelle Kriegserklärung oder eindeutige staatliche Urheberchaft. Es zeichnete sich ein bekanntes Terrormuster ab: Wenn die militärische Macht eines Landes nicht mehr verhandelbar ist, werden „weiche Ziele“ gesucht, um das Land von innen her zu destabilisieren.

Die Medien beschworen die Zeitenwende angesichts der hohen Zahl der zivilen Opfer sowie der Bilder der einstürzenden Zwillingtürme im Herzen New Yorks. Der 11. September 2001 war wie der 11. September Chiles, dem Tag des Sturzes von Salvador Allende und des Beginns der blutigen pro-westlichen Militärdiktatur Pinochets, ein schrecklicher Tag für Tausende unschuldige Menschen. Gleichwohl werden wir täglich Zeugen unermesslichen Leids auf dem afrikanischen Kontinent. Die Qualität dieses Tages war eine andere: Die Supermacht USA wurde zum ersten Mal in ihrer Geschichte in solch verheerendem Ausmaß von einem terroristischen Netzwerk auf eigenem Territorium getroffen.

Die politischen Eliten Europas und der USA brandmarkten die Anschläge als einen „Angriff auf die zivilisierte Welt“. Es wäre in den Zeiten des globalisierten Terrorismus daher richtig gewesen, die militärpolizeiliche Strafverfolgung des Verbrechens den Vereinten Nationen zu übertragen. Eine Antwort der Staatengemeinschaft hätte das Risiko vermindert, dass die Reaktionen auf den Anschlag nicht der effektiven Verfolgung des Terrorismus gelten, son-

dern den Missbrauch der zivilen Tragödie für die geostrategischen Interessen einzelner Regierungen ermöglichen.

Die NATO-Partner wählten unter Beteiligung der rot-grünen Bundesregierung einen anderen Weg: Unmittelbar nach den Attacken auf das World Trade Center kursierten Spekulationen und militärische Szenarien für US-Vergeltungsschläge in Afghanistan und Irak. Die frühzeitige Option Irak und die völlige Ausblendung der Verwicklung saudischer Behörden in die Visa-Erteilung für die Terroristen verdeutlicht, dass sich jene Kreise durchgesetzt hatten, deren Sorge nicht der Verfolgung der Urheber der Anschläge, sondern einer außenpolitischen Agenda galt.

Es war unmöglich, dem irakischen Diktator Hussein eine terroristische Verwicklung nachzuweisen, da dieser seit jeher im islamischen Fundamentalismus eine Bedrohung seiner Macht sah. Für eine breit angelegte Militäroperation waren die USA auf internationale Unterstützung angewiesen. Angesichts unterschiedlicher Interessen, insbesondere der Rivalität zwischen den USA und Frankreich im Mittelmeer und im vorderen Orient (Schmid 2007[i]), setzte sich als Reaktion auf den 11. September zunächst ein Militärschlag gegen Afghanistan durch. Begründet wurde dieser Militärschlag mit der fehlenden Bereitschaft der historisch durch die USA und Pakistan unterstützten Taliban, gegen Al-Qaida-Trainingscamps auf afghanischem Boden vorzugehen.

Völkerrechtliche Problematik

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (SR) verabschiedete am 12. September 2001 die Resolution 1368 und verurteilte darin die Terroranschläge des Vortages als „Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit“. Dies ist eine mögliche Rechtsgrundlage für militärische Operationen auf Grundlage des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen. Der SR forderte die Staatengemeinschaft auf, „dringend zusammenzuarbeiten, um die Täter, Drahtzieher und Förderer dieser terroristischen Anschläge vor Gericht zu bringen“, und betont, dass „diejenigen, die den Tätern, Drahtziehern und Förderern helfen, sie unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren, zur Rechenschaft gezogen werden.“ Der NATO-Rat beschloss darauf hin die Anschläge als Angriff auf einen Bündnispartner gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrages zu werten und leitete u.a. die „Operation Enduring Freedom“ (OEF) ein. Der SR hat zwar das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN Charta anerkannt. Dieses gilt jedoch nur „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“ Dies ist mit der Resolution 1373 vom 28.09.2001 geschehen, in

der ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Verfolgung des internationalen Terrorismus, nicht jedoch militärische Maßnahmen nach Artikel 42 UN-Charta, beschlossen wurden. Spätestens seit diesem Zeitpunkt und somit noch vor den Angriffen der USA und des Vereinigten Königreichs auf Afghanistan existierte daher keine völkerrechtliche Grundlage für OEF mehr. OEF umfasst derzeit etwa 50.000 westliche Soldaten, 23.500 davon US-Soldaten.

Die Kriegshandlungen in Afghanistan und eine erste, aber undemokratische, Loya Jirga brachten die Regierung des US-Afghanen Karzai an die Macht. Die komplementäre International Security Assistance Force (ISAF) wurde auf Ersuchen der neuen afghanischen Regierung an die internationale Gemeinschaft und mit Genehmigung durch den Weltsicherheitsrat (Resolution 1386) mandatiert. Grundlage ist Kapitel VII der UN-Charta (Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen). Der ISAF-Einsatz ist eine friedens erzwingende Maßnahme, die mittlerweile unter Führung der NATO operiert. Aufgabe der ISAF war die Unterstützung der Regierung bei der Herstellung und Aufrechterhaltung eines sicheren Umfeldes in Kabul. Später wurde das Einsatzgebiet auf den Norden und sukzessive ganz Afghanistan ausgeweitet. Die ISAF umfasst derzeit etwa 40.000 Soldaten.

Der Kriegsverlauf in Afghanistan ließ weitere Zweifel an der Legitimität von OEF, etwa im Hinblick auf die Genfer Konvention sowie das ursprünglich formulierte Einsatzziel der Terrorismusverfolgung, aufkommen. Der Krieg war durch den Einsatz von Clusterbomben, Flächenbombardements, erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung sowie die Errichtung eines rechtsfreien Kriegsgefangenenlagers in Guantanamo Bay (Kuba) gekennzeichnet. Erhebliche Zweifel an der Legitimität ergeben sich auch aus dem nach sechs Jahren nicht mehr ersichtlichen zeitlichen Zusammenhang zwischen OEF und dem 11. September 2001. Deutschland war an diesen Aktivitäten auch unmittelbar beteiligt: Die Eliteeinheit der Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), war in Kriegshandlungen der OEF sowie vermutlich auch in die Folterung von Kriegsgefangenen verwickelt.

ISAF hat nie von der OEF getrennt operiert. Die politisch behauptete Unterscheidung der Mandate erscheint angesichts der operativen Führung durch die NATO, die Entlastungsfunktion für OEF sowie die kürzlich vom Bundestag beschlossenen Tornado-Aufklärungsflüge zweifelhaft. Die Aufklärungsflüge dienen schließlich der Zielbestimmung und somit der Vorbereitung der OEF-Luftschläge. Die Kom-

mandostränge sind nicht getrennt. Der OEF Kommandeur ist gleichzeitig 2. ISAF-Kommandeur. Es bedarf schon einer gespaltenen Persönlichkeit, um der Auffassung der Bundesregierung zu folgen, dass eine Nicht-Weitergabe von operativen Informationen von ISAF an OEF gewährleistet ist. Sieht man von den Problemen der Schnittmengen zwischen ISAF und OEF ab sowie davon, dass die Regierung Karzai durch einen illegitimen Krieg ermöglicht wurde, besitzt ISAF in der Tat eine stärkere völkerrechtliche Legitimität als OEF. Dann sieht man jedoch von allem ab, was ISAF derzeit kennzeichnet.

Der Tornado-Einsatz hat die Linksfraktion sowie zwei Abgeordnete der CDU/CSU zu einer Organklage beim Bundesverfassungsgericht bewegt. Kern der Klage waren Zweifel an der völkerrechtlichen Legitimität von ISAF, da die Ergebnisse der Tornado-Aufklärungsflüge durch personelle und logistische Verquickungen durch OEF genutzt würden. Das Gericht hat es jedoch abgelehnt, über die völkerrechtliche Grundlage von OEF zu urteilen. Einzelne völkerrechtliche Verstöße würden im Übrigen nicht hinreichend den Charakter des gesamten Mandats beschreiben (Bundesverfassungsgericht 2007[ii]). Zu Deutsch: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“. Eine zumindest eigentümliche Auffassung für ein Gericht.

Die Verfassungsrichter haben sich darüber hinaus bei der Legitimation der ISAF-Mission bzw. der Tornado-Aufklärungsflüge auf die Aussagen der Bundeswehr verlassen, dass eine Trennung der Operationen gewährleistet sei (Paech 2007[iii]). Ohnehin reiche eine formale Trennung aber aus, um die völkerrechtliche Legitimation von ISAF isoliert zu bewerten, auch wenn es in der Praxis zur Überschneidung von Mandaten komme (Bundesverfassungsgericht 2007).

Zusätzlich stellte das Gericht praktisch einen Blankoscheck für „Out-of-area“-Einsätze aus. Es bestätigte die Maxime des ehemaligen sozialdemokratischen Verteidigungsministers Peter Struck, dass die deutsche bzw. euroatlantische Sicherheit am Hindukusch verteidigt werde. Militäreinsätze seien unabhängig von Angriffen bzw. zur dauerhaften Befriedung eines Angreifers mit der im Kosovo-Krieg erneuerten Strategie des NATO-Verteidigungsbündnisses vereinbar. Dies ist aus völkerrechtlicher Perspektive problematisch, da ein Nichtangriffsgebot im Grundgesetz sowie in den 2+4-Verträgen existiert. Letztere waren Voraussetzungen der Wiedererlangung staatlicher Souveränität durch die Bundesrepublik.

Politische Problematik

Kriege berühren neben den zivilen Opfern die Stabilität internationaler Be-

ziehungen. Der Angriff auf Jugoslawien war nicht durch den Sicherheitsrat gebilligt und hat die Autorität der UN gegenüber den USA beim jüngsten Irak-Krieg erheblich beschädigt. Die Linke hat sich vorbehalten, auch völkerrechtskonforme Kriegseinsätze politisch zu bewerten. Die Einhaltung des Völkerrechts ist demnach eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Billigung eines militärischen Angriffs.

Die OEF und die ISAF-Mission sollten daher unzweifelhaft abgelehnt werden. Sie sind völkerrechtlich zu problematisch, um irgendeine politische Legitimation zu genießen. Der Kampf gegen den Terror lässt sich nicht mit Bomben gewinnen. Die Situation in Afghanistan, etwa der ungebrochene Einfluss der Warlords bzw. Drogenbarone, ist zu komplex, um das Land militärisch zu stabilisieren. Es droht ein Vietnam am Hindukusch.

Die durch die USA eingesetzte Karzai-Regierung genießt keine Legitimität in der Bevölkerung. Die Situation der Mädchen und Frauen in Afghanistan ist mit einigen wenigen Fortschritten in der Region Kabul noch immer dramatisch. Laut einer Umfrage von Integrity Watch Afghanistan (2007) denken über 60 Prozent der Afghanen, dass die derzeitige Regierung korrupter ist als die Vorgängerregierungen der letzten zwei Jahrzehnte (Maaß 2007[iv]). Tatsächlich bewerten die Afghanen damit die Arbeit der US-Regierung. Karzai ist eine Marionette, er regiert nicht: Als der Gouverneur der Provinz Herat, Ismail Kahn, nicht genügend Steuergelder nach Kabul überwies, wurde dieser nicht von Karzai, sondern vom US-Botschafter Khalizad aus dem Amt entlassen. Khalizad erklärte vor internationaler Presse: „Dies ist zwar Aufgabe des Präsidenten, doch habe ich Ismail Khan gefeuert.“ (Freitag 2007[v]). Afghanistan wird nur Frieden finden, wenn der Westen dem Land eine neue Loya Jirga ermöglicht. Es ist tabu, dies in Deutschland zu formulieren, aber: Die Regierung Karzai ist illegitim.

Die Gewaltökonomie Afghanistans hat viele Trittbrettfahrer geschaffen. Ideologie ist dabei sekundär. Die Paschtunen stellen etwa 40 Prozent der Bevölkerung und sind damit die größte Volksgruppe des Landes. Die afghanische Armee hingegen rekrutiert sich vorwiegend aus Tadschiken. Die Taliban



müssen als ein politischer Faktor wahrgenommen werden. Sie berufen sich auf einen antiquierten Islam, der seine Wurzeln in der archaischen Praxis der paschtunischen Bevölkerung hat. Die paschtunischen Dörfer bildeten ihr Rückzugsgebiet während der alliierten Offensive. Die Taliban sind nun abhängig vom Schutz der paschtunischen Regionalfürsten. Sie lassen sich daher in einen politischen Prozess integrieren, wenn dieser der Bedeutung der paschtunischen Bevölkerungsgruppe gerecht wird. Wer dies nicht akzeptieren will, nimmt den Export der Taliban nach Pakistan in Kauf. Der islamische Fundamentalismus droht dort eine bedeutende Atommacht zu destabilisieren.

Es gibt keine einfachen Lösungen für Afghanistan. Europa musste zwei Weltkriege durchleben, um Stabilität zu erlangen. Die bittere Wahrheit lautet: Die Geister, die der Afghanistan-Krieg beschwor, kehren nicht in die Flasche zurück. Die Vorstellung mancher Parlamentarier, die ihre Hand leichtfertig bei Kriegseinsätzen heben, es handle sich dabei um einen Verwaltungsakt, ist realitätsfremd. Sie ist das Gegenteil von Realpolitik.

Die Notwendigkeit einer Exit-Strategie

Ein alter Leitsatz in den Internationalen Beziehungen lautet: „Ein starkes Land muss keinen Krieg führen, wer in den Krieg zieht, hat bereits ein Stück seiner Macht verloren.“ Die deutsche Außenpolitik darf sich nicht in einen sinnlosen Krieg verwickeln, dessen Verlauf sie nicht kontrollieren kann. Dieser



Krieg lässt sich nicht rechtfertigen: weder gegenüber den Opfern, noch gegenüber den Bundeswehrsoldaten, die ihr Leben für die politische Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung riskieren.

Ein Ausstieg ist die einzige Möglichkeit, Afghanistan wieder aufzubauen und die US-Administration zur Korrektur ihrer verfehlten Politik zu zwingen. Ein Exit ist die einzige Chance, den Prozess eines abgesicherten Waffenstillstandes einzuleiten. Einen anderen Weg werden die Afghanen nicht akzeptieren, da kein Vertrauen besteht, dass die Besatzungstruppen eine gerechte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

Der militärische Exit ist nichts außergewöhnliches, wenn ein Land befürchtet, sich durch einen Krieg zu erschöpfen. Frankreichs Staatspräsident Sarkozy hat unlängst in seiner ersten außenpolitischen Rede den Abzug der Kriegsparteien aus dem Irak gefordert (Sarkozy 2007[vi]). Die spanische Administration hat wegen oder trotz der terroristischen Erpressung durch die Anschläge von Madrid ihre Beteiligung am Irak-Krieg aufgekündigt. Der Krieg war ohnehin falsch. Es wäre aber verheerend, wenn die Einsicht einer deutschen Bundesregierung in Bezug auf Afghanistan erst durch den Druck terroristischer Anschläge reifen würde. Niemand kann dies wollen.

Die LINKE ist gut beraten, das sofortige Ende der Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistankrieg zu fordern. Die LINKE forderte Initiativen für den

zivilen Wiederaufbau des Landes. Allerdings beseitigt diese Haltung nicht die hässliche Fratze des Krieges. Wir schulden der politischen Öffentlichkeit auch ein ziviles Ausstiegsszenario. Es ist innerhalb der Bundestagsfraktion umstritten, ob es Aufgabe der LINKEN ist, vor dem Hintergrund der logistischen Verantwortung der Bundesregierung für den Kriegseinsatz sowie ihrer mangelhaften Informationspolitik die Modalitäten eines Ausstiegsszenarios zu konkretisieren. Dieser Einwand ist berechtigt. Er sollte aber nicht verhindern, von der Regierung eine Exit-Strategie einzufordern.

In der Auseinandersetzung mit den Befürwortern des Afghanistan-Krieges muss die Frage beantwortet werden, wie wir die Gewährleistung des zivilen Wiederaufbaus sowie die Vermeidung eines

Bürgerkrieges nach Abzug der Besatzungstruppen realisieren möchten. Wir können nicht einerseits den zivilen Wiederaufbau einfordern, andererseits die beteiligten Akteure ihrem Schicksal überlassen. Wir können ebenso wenig die Tragödie des Krieges und die Leichtigkeit, mit der dieses Land in den Krieg eintrat, beklagen und andererseits einen blutigen Bürgerkrieg billigen.

Der Bürgerkrieg wird blutig, weil aufgrund der Kräfteverhältnisse weder die Aufständischen noch die gewählte afghanische Regierung ein nachhaltiges Gewaltmonopol durchsetzen können. Selbstverständlich war der Krieg falsch. Der Maßstab unserer Politik ist aber die heutige Situation der Afghanen und keine politische Selbstbefriedigung. Es ist auch nicht einzusehen, dass ein wohltemperiertes Ausstiegsszenario bzw. die Einleitung des sofortigen Abzugs im Vergleich zum Bürgerkriegsszenario negativere Auswirkungen auf die Stabilität internationaler Beziehungen hätte. Es bleibt also strategisches Kalkül, um die Forderung nach einer Exit-Strategie abzulehnen. Strategisches Kalkül verbietet sich aber angesichts eines Krieges.

Die Befürchtung, dass eine Exit-Strategie nicht den sofortigen Abzug der Bundeswehr, sondern die Zustimmung der Linken zu Kriegseinsätzen einleitet, lässt sich nicht entkräften. Menschliche Schwäche und Opportunismus sind kein Monopol der politischen Rechten. Es geht hier jedoch nicht um die Einleitung, sondern um die Beendigung eines

Kriegseinsatzes. Diskussionsverbote eignen sich schlecht dafür, die Qualität unserer Debatten zu erhöhen. Man kann die Latte gar so hoch hängen, dass unser Führungspersonal bequem darunter durchläuft. Bündnis 90/Die Grünen haben völkerrechtswidrigen Kriegen trotz einer pazifistischen Grundausrichtung ihre Zustimmung erteilt. Wieso sollten Spitzenpolitiker der Linken sich an einen schlecht begründeten Konsens halten.

DIE LINKE sollte daher eine Strategie sowie eine saubere völkerrechtliche Lösung für Afghanistan diskutieren. Grundlage sind die Einleitung des Abzugs von OEF und ISAF und die Vorbereitung einer souveränen Loya Jirga. Dies würde den Afghanen signalisieren, dass sie die Geschehnisse ihres Landes wahrhaftig übertragen bekommen. Es obliegt dann einer von den Afghanen legitimierte Regierung, ob sie weitere Unterstützung bei der Stabilisierung des Landes durch eine UN-geführte Blauhelmsuppe ohne Beteiligung bisheriger Kriegsparteien erbittet. Falls die Afghanen eine Unterstützung der Staatengemeinschaft für notwendig erachten, sollten wir uns der politischen Unterstützung einer zeitlich befristeten Blauhelmsuppe zur Überwachung des Waffenstillstand (peace keeping) nicht entziehen. Die Afghanen können durch eine solche Debatte nur gewinnen.

Fabio de Masi

Email: fabiodemasi@gmxpro.de. Der Autor ist Master Candidate in International Relations an der University of Cape Town (Südafrika) und ehemaliger Studienstipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung. Er schreibt in seiner persönlichen Eigenschaft.

Quellen

- [i] Schmid, B. (2007) Frankreichs Rückkehr in den Irak. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26025/1.html> (12.09.2007).
- [ii] Bundesverfassungsgericht (2007) Klage der Linksfraktion gegen Tornado-Einsatz in Afghanistan zurückgewiesen www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg07-072.html
- [iii] Paech, N. (2007) Einschätzung des Urteils zur ‚Tornado-Klage‘. <http://www.norman-paech.de/303.html> (12.09.2007)
- [iv] Maaß, C. D. (2007) ‚Afghanistan: Staatsaufbau ohne Staat‘, Stiftung Wissenschaft & Politik, 4/2007, pp. 1-29.
- [v] Freitag (2007) Verbrannte Erde statt blühender Landschaften. Gespräch mit Martin Baraki. <http://www.freitag.de/2007/34/07340701.php> (12.09.2007).
- [vi] Sarkozy, N. (2007) Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zur Eröffnung der 15. Botschafterkonferenz. http://www.botschafterfrankreich.de/IMG/sarkozy_botschafterkonferenz.pdf (12.09.2007).
- Kneissl, K. (2007) ‚Geopolitik von Erdöl und Erdgas‘, Vortrag 07.09. 2007 (Klausur des AK VI Internationale Politik der Fraktion Die Linke.).
- Kneissl, K. (2007) ‚Geopolitik von Erdöl und Erdgas‘, Vortrag 07.09. 2007 (Klausur des AK VI Internationale Politik der Fraktion Die Linke.).

„Er kam rein [...] und war sofort politisch“ (Dr. Jost Hermand)

Bericht von der Veranstaltung zum
100. Geburtstag von Hans Mayer

Hans Mayer, geboren 1907 in Köln, Jurist, Literaturwissenschaftler, Autor, politischer Essayist, Antifaschist, Sozialist, Jude und Homosexueller – es gibt viele Gründe, ihn zu ehren, an ihn zu erinnern. Dies haben wir am 8. November in Köln in der VHS getan. Als Einführung zur Person Hans Mayer wurde ein Film gezeigt – ein Interview mit Günter Gaus. Anschließend las Andreas Rummel, Autor und Journalist und ehemaliger Schüler Hans Mayers aus „Ein Deutscher auf Widerruf“. Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des ver.di-Arbeitskreises Antifaschismus/ Antidiskriminierung, stellte die wichtigsten Stationen aus dem Leben Prof. Mayers vor. In der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Heinrich Bleicher Nagelsmann, Geschäftsführer des VS in ver.di, berichteten Experten über ihre Erlebnisse mit Hans Mayer: Dr. Inge Jens, Autorin u.a. „Über Hans Mayer“, mit Hans Mayer langjährig befreundet; Prof. Dr. Jost Hermand, Literaturwissenschaftler aus Wisconsin/USA & Berlin, Autor, der Hans Mayer für ein Jahr nach Wisconsin holte; Dr. Mark Lehmann, Herausgeber/Autor: „Der Fall Hans Mayer“ & „Hans Mayer: Briefe“ und Kurt Groenewold, Nachlassverwalter von Hans Mayer. Die Organisatoren der Veranstaltung waren: Ver.di Köln – Arbeitskreis Antifaschismus/ Antidiskriminierung, VHS Köln, Zentralbibliothek, Germanica Judaica, VVN/BdA Köln, Der andere Buchladen, EL DE Haus Verein, VS Verband Deutscher Schriftsteller, Junge GEW Köln, Centrum Schwule Geschichte. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Eingangsreferat von Claudia Wörmann-Adam.

Hans Mayer und Köln

Hans Mayer wurde am 19.3.1907 in Köln, in der Genter Str. im belgischen Viertel geboren. 5-6 Jahre später zog die Familie nach Neuhöfen zum heutigen Ehrenfeldgürtel in die Nähe der Großeltern. Die Familie war jüdisch und großbürgerlich. Sein Vater Rudolf war Kaufmann und sehr kultur- und kunstinteressiert. Er sammelte moderne Malerei, beraten von Josef Haubrich. Die Mutter, Ida, gab Abendessen für bedürftige Künstler/innen, zu ihnen gehörte u.a. auch Else Lasker-Schüler, die regelmäßig zum Abendessen kam. Hans Mayer hat ihr als Junge oft die Tür geöffnet. Er besuchte das Kölner Schiller-Gymnasium; studierte Jura in Köln und zwischendurch in Berlin; legte 1930 seine Promotion in Köln beim von ihm sehr

geschätzten Prof. Hans Kelsen ab und 1932 das Zweite Staatsexamen.

Hans Mayer hatte einen sehr engen Bezug zu seiner Heimatstadt; er stand dazu, indem er sagte: „Ich habe eine Landschaft, dies ist der Rhein. Ich habe eine Sprache, das ist das Deutsche. Ich habe eine Stadt, und das ist Köln“. Und: „Köln, diese Stadt mit der Atmosphäre von Weihrach und Rebellion, kann ich nicht abschütteln.“

Als ihm als Erstem 1980 der neue Kölner Literaturpreis verliehen wurde, ging er auf sein spezielles Verhältnis zur Vaterstadt ein: die gezeichnet bleibe von dem Tun derer, die dafür sorgten, dass er Köln 1933 verlassen musste; – wie hätte er sich entsetzt und empört angesichts der Tatsache, dass die Braunen jetzt unter dem Tarnnamen „Pro Köln“ wieder im Stadtrat sitzen! – und er reflektierte das Verhältnis seiner Stadt zur Literatur, das eigentlich keins sei ...; womit er wohl Recht hat, denkt man an die unwürdige Diskussion um die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Heinrich Böll und denkt man daran, dass der ganze

schicht – oder, wie seine Schülerin Christa Wolf schrieb: „Ein ‚Deutscher auf Widerruf‘ ist er gewesen, auch auf Widerspruch, ein Linker, weitab von dogmatischen Maximen – das musste ihn in Konflikte stürzen, hüben wie drüben ...“

Mit 20 Jahren begann seine politische Arbeit, als Mitglied einer marxistischen Studentengruppe. Die SPD wollte ihn nach einem Jahr Probe nicht aufnehmen. Er wurde Mitglied der SAPD; später Mitglied der KPD, die er 1935 wieder verließ.

Wegen seiner Teilnahme als Referendar beim Prozess gegen Robert Ley 1932 wird er von den Nazis in Köln auf offener Straße zusammengeschlagen. Die Furcht, so etwas noch einmal erleben zu müssen, verließ ihn Zeit seines Lebens nicht mehr.

Unmittelbar nach Ablegung seines Zweiten Staatsexamens – bei der mündlichen Prüfung hospitierte Roland Freisler – erhielt er aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ – dem Gesetz, das die Juden aus dem öffentlichen Dienst vertrieb – seine Entlassungsurkunde aus dem preußischen Justizdienst.

Am 27.2.1938 wird ihm die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Am 14.5.1938 wird ihm von der Kölner Universität die Doktorwürde entzogen: „Weil ausgebürgert.“ Am 1.9.1981 – nach 43 Jahren! – erhält er sein Diplom zurück!!!

Mit Hilfe seines Vaters flieht er 1933 erst nach Frankreich, dann in die Schweiz, pendelt eine Zeitlang zwischen Genf und Paris, schreibt Artikel für linke Zeitungen, arbeitet mit am „Collège de Sociologie“, arbeitet u.a. mit Walter Benjamin und vielen anderen bedeutenden Geistesgrößen, darunter vielen Emigranten. Er wird in der Schweiz in den Kriegsjahren als sog. „feindlicher Ausländer“ in diversen Lagern interniert. In dieser Zeit schreibt er sein Werk über Büchner, das seinen Ruf nach Leipzig begründete. Seine Eltern wurden von Köln nach Lodz deportiert und ermordet – seine Familie vernichtet.

1945, im Oktober, kommt er nach Deutschland, nach Frankfurt, zurück. Er arbeitet auf Vermittlung von Golo Mann als politischer Chefredakteur bei Radio Frankfurt, später beim Vorläufer von dpa und bei der AdA, der Akademie der Arbeit der Gewerkschaften. Er ist einer der Mitbegründer der VVN, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und deren 1. hessischer Landesvorsitzender. Er bleibt Zeit seines Lebens VVN-Mitglied; zuletzt als Ehrenvorsitzender der VVN/BdA Tübingen. Mitglied einer Partei ist er nach 1935 nicht mehr geworden.

(...) Hans Mayer blieb zeitlebens sei-



wissenschaftliche und literarische Nachlass von Hans Mayer: 72 Kartons voll Bücher, Schriften, Korrespondenzen (!) noch unerforscht im historischen Archiv der Stadt auf seine Aufarbeitung wartet!

Der politische Hans Mayer

In seinen Erinnerungen „Ein Deutscher auf Widerruf“ schrieb Mayer, dass die beiden Bücher, die ihn in jungen Jahren am meisten beeinflusst hätten, Martin Andersen Nexos’ „Pelle der Eroberer“ und Georg Lukacz’ „Geschichte und Klassenbewusstsein“ gewesen seien. Beides, jedes auf seine Art, immens politische Bücher.

Hans Mayer war bis zum Lebensende bekennender Marxist, Sozialist, Antifa-

nen politischen Überzeugungen treu; bezog klar Position gegen jede Form von Antisemitismus und Faschismus. Er zeigte Rückgrat: In der DDR: wenn er so genannte „Republikflüchtlinge“ wie Uwe Johnson verteidigte;

In der BRD: z.B. wenn er politisch Stellung bezog, als Hochhuth die NS-Vergangenheit des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger als uneinsichtigen NS-Marinerichter aufdeckte; oder als er für den vom Berufsverbot betroffenen Hannoveraner Professor Brückner Partei ergriff. Und auch als er in Köln auf eine Teilnahme an einer Ehrung zu seinem 85. Geburtstag verzichtete, weil, wie er sagte, es gäbe im Moment einen Streik der ÖTV, er sei als alter Sozialist auf Seiten derer, die im Gürzenich die Stühle rücken sollten und er würde in einer solchen Situation nicht als Streikbrecher auftreten, das sei die Essenz seines Lebens!

Hans Mayer war homosexuell, aber die Gesellschaft ließ ihn das nicht leben: nicht das katholische Köln seiner Jugend, nicht die Nazizeit, nicht die DDR und das von Adenauer geprägte Nachkriegswestdeutschland ebenfalls nicht. Der § 175 des StGB wurde erst unter Kanzler Willy Brandt teilweise aufgehoben. Die Diskriminierung Homosexueller hat nachgelassen, ist aber immer noch – teils latent, teils offen – vorhanden.

Eine seiner Hannoveraner Studentinnen, Pieke Biermann, schrieb hierzu: „Hans Mayer war schwul. Alle wussten es. Aber er wollte noch nicht einmal wissen, dass man es ruhig wissen kann – Zeit seines Lebens nicht. Die politische Dimension dieser „Außenseiter“-Seite an sich hat er nie gesehen, sich nie getraut zu sehen, vielleicht. Man sieht nur, was man verarbeiten kann. Der Jude in ihm war vielleicht zu tief verwundet worden, als dass der Schwule in ihm Lebenslust hätte entwickeln können“.

Der Literaturwissenschaftler Hans Mayer

ist sicherlich der in der Öffentlichkeit bekannteste Teil von ihm. ... Er hatte zu praktisch allen bedeutenden Autor/innen der deutschen und einiger anderer Sprachen, direkte persönliche, manchmal auch sehr freundschaftliche Beziehungen ... Vielen DDR-Schriftsteller/innen war er Lehrer: Uwe Johnson, Christa Wolf, Christoph Hein – um nur einige zu nennen. Er selbst bezeichnete Ernst Bloch als „mir der liebste Lehrer“ und sicher einer seiner engsten Freunde.

Bekanntlich folgte er ihm 1963 nach Tübingen, nachdem die Machthabenden in der DDR ihn mit ihrer Aussage über ihn: „Eine Lehrmeinung zuviel!“ aus der DDR mobbten.

Und sie hatten ja Recht: Mayer war für sie ein Risiko: einer, der sich Joyce,

Proust, Montaigne, Beckett, Musil und Kafka, um nur wenige zu nennen, nicht aus seinem persönlichen Kanon streichen lässt, weil die Herrschenden diese für „dekadent“ hielten; der konnte in deren Augen nur gefährlich sein!

(...)

Was prägt das Werk von Hans Mayer? Wo ist der „rote Faden“? Sowohl sein politisches Bewusstsein als auch sein Umgang mit Literatur ist geprägt von der Auseinandersetzung mit Geschichte und Geschichtsbewusstsein.

In einem Interview antwortet er 1993 auf die Frage, ob es richtig sei, „vom Ende der Geschichte“ zu sprechen:

„Ich habe sehr oft, auch weil es meine Meinung ist, Walter Benjamin zitiert, der einmal geschrieben hat, ‚wenn man beim Denken der Gegenwart von der Geschichte absieht, dann werden auch die Toten nicht mehr sicher sein – in ihren Gräbern‘. Das haben wir nun wahrlich erlebt und erleben es täglich. Das Ende der Geschichte, das ist Feuilleton-geschwätz, ebenso das Ende der Utopie, das Ende der Aufklärung, der Dialektik der Aufklärung. Die Dialektik sitzt in der Ecke und grinst“

(aus: *Lokalberichte Köln* Nr. 24/2007, 23.11.07)

Aus der Diskussion der LINKEN

Allheilmittel Staat?

In den gängigen politischen Diskursen werden die Kategorien „Gesellschaft“ und „Staat“ bzw. „Markt“ und „Staat“ gern als Gegensatz verstanden. Danach seien die Linken für „mehr Staat“, während die politische Rechte den Staat gern auf seine „Kernaufgaben“ zurückführen will. Dies bedeutet im Nationalstaatsmaß: Ausbau der Repression, Rückbau sozialer Gewährleistungen. Neoliberal begründete politische Strategien wittern in staatlicher Regulierung von ökonomischen Prozessen gar den „Weg zur Knechtschaft“ (von Hayek). Sie suggerieren, dass „der Markt“ ein neben den sonstigen Sozialbeziehungen liegender Mechanismus eigener Art wäre, dessen Funktionieren von seiner Ungestörtheit abhängt.

Von klassischer sozialdemokratischer Perspektive aus wird demgegenüber die Notwendigkeit staatlichen „Gegensteuern“ betont. Diese platte Sichtweise führt für Sozialistinnen und Sozialisten in die Irre. Der Staat ist nicht Verwirklichung der sittlichen Idee, nicht das statische Gegengewicht zu den ökonomischen Reproduktionsprozessen. In Marxscher Tradition können wir den Staat genauso als ein soziales Verhältnis begreifen wie das Kapital. Beide sind komplexe und miteinander verbundene soziale Herrschaftsbeziehungen. Ohne Regulation wäre unsere Gesellschaft längst am Ende. Regula-

tion findet auch im Postfordismus statt. Nur, in wessen Interesse wird was reguliert?

„Staat“ meint immer: Staat als Bestandteil kapitalistischer Gesellschaftsreproduktion. Der Staat ist widersprüchlicher Teil der Dominanz des Kapitalverhältnisses, Kristallisation bestehender Kräfteverhältnisse. Er kann nur bestehen, wenn ihm die Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion unter Einschluss der Kapitalreproduktion gelingt. Innerhalb der gegenwärtigen kapitaldominierten Herrschaftsbeziehungen gibt es eine Reihe von Dynamiken, die zum Teil auch Ausdruck von progressiven Gegenmächten und „konservativen“ Beharrungskräften zur Bewahrung des Status quo sind. Was sich am Ende jeweils durchsetzt, ist nicht determiniert. Es hängt von verschiedenen Faktoren ab, unter anderem von der Festigkeit der bestehenden Hegemonien und möglichen hegemoniefähigen Alternativen. Das ist eine alles andere als einfache Übung. Anders formuliert: ob ein „Pfadwechsel“ glückt, mit dem sich die Kapitaldominanz überwinden lässt, ist völlig offen.

Im Gramscischen Sinne können wir zum erweiterten Staat auch all diejenigen Strukturen und Organisationen der „Zivilgesellschaft“ betrachten, die im Gegenwartsdiskurs so gern als sein Gegenpol hervorgehoben werden. Denn hier ist ein wichtiger Ort der Hegemoniesicherung. Wir müssen also auch diskutieren, was Linke meinen, wenn sie „Staat“ sagen.

Sich als Sozialistin oder Sozialist „vom Staat“ jegliche Heilung zu versprechen, etwa die Überwindung der Kapitaldominanz in den gesellschaftlichen Beziehungen, ist meines Erachtens fromm. Wichtig ist, um die Erhaltung und Weiterentwicklung derjenigen Staatsfunktionen zu kämpfen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft, die demokratische Beeinflussung von Prozessen und die Sicherung sozialer Mindeststandards zum Gegenstand haben: Öffentliche Infrastrukturen und sozialer Schutz sind fundamental für demokratische Gesellschaftsentwicklung. Hier bleibt der Staat ein wichtiges Auseinandersetzungsfeld.

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass soziale und demokratische Emanzipation nicht Abhängigkeit von institutionellen Almosen ist. Ziel linker Politik muss immer die Selbstbestimmung des sozialen Individuums bleiben. Das bedeutet auch: Selbstbestimmung als Selbstverantwortung in Gesellschaft, frei von staatlicher Obrigkeit.

Klaus Lederer

Dr. Klaus Lederer ist Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE, Berlin. Seinen Beitrag entnahmen wir dem *Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Ausgabe 3/2007

Linke Winterschule in Erfurt

von Freitag, 4. Januar bis Sonntag, 6. Januar 2008

Wie bekannt ändern sich mit dem Jahreswechsel die Bedingungen für die Anerkennung von Arbeitsgemeinschaften.

Die Winterschule, die auch in diesem Jahr in Erfurt stattfinden wird, ist die passende Gelegenheit, „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ als Arbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke zu konstituieren.

Außerdem muss wegen der Belastung durch die laufenden Wahlkämpfe die „Linke Schule“ diesen Winter kürzer ausfallen.

Unsere Planung:

Freitag, 4. Januar, 19 Uhr, Erfurt

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft

1. Diskussion der neuen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der ArGe und Konstituierung.
2. Diskussion der Zielsetzungen und Arbeitsvorhaben, Verabschiedung einer Gründungserklärung
3. Möglichkeiten einer solidarischen Finanzierung
4. Wahl der Sprecher/inn/en

Samstag, den 5. Januar

Seminartag zum Thema:

„Aufbau Ost – Ideologien, Strategien, Erfahrungen und die Perspektive linker Politik“

Wir möchten die Annäherung an dieses Thema als gegliederte Diskussion gestalten. Die einzelnen Abschnitte sollten durch Impulsreferate eingeleitet werden.

Beginn 9 Uhr, Ende 18 Uhr

1. Zum konservativ-liberalen Konzept des „Aufbau Ost“ und seiner Durchsetzung
2. Zur Oppositionspolitik der PDS in den neuen Ländern, Erfolge und Irrwege
3. De-Industrialisierung und Konzepte der Re-Industrialisierung. Am Beispiel Westberlin/Ostberlin.
4. Soziale Bewegungen – gemeinsame Schwerpunkte und spezifische Problemstellungen im Westen und im Osten. Diese Themenstellungen dienen der Orientierung, da wir den Referentinnen Spielraum lassen wollen.
5. Zusammenstellung einer Literaturliste zu diesem Thema und Vereinbarung über eine Reihe von Lektüreberichten / Buchvorstellungen. Zu diesem fünften Punkte bitten wir Interessierte, sich Angebote zu überlegen.

Sonntag, den 6. Januar 8.30 Uhr bis 11.30 Uhr

- Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten, Unterstützung regionaler Vorhaben bzw. Initiativen von anderen AGs usw.
- Planung der Themen für die Sommerschule, die wieder in AGs tagen sollte.

Anmeldung bis 30. November bei: hanne-reiner@online-home.de

Wir tagen wie zuletzt in der Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachten drei Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr. Adresse: HJ Erfurt, Hochheimer Str.12, Klingenstr.4, 99094 Erfurt, Tel. (03 61) 5 62 67 05. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen, von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, dann die B4 bis zum Stadtring, biegen dann links in die Schillerstraße (B7) und achten auf die Ausschilderung JH. Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betragen zuletzt 26 Euro/Tag und Person.

2. Dezember. Frankfurt. Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, siehe Einladung Pol. Ber. Nr. 19 auf Seite 18.

2. bis 4. Dezember. Hannover. CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

4. bis 6. Januar. Erfurt. Linke Winterschule. Durchgeführt von der Arge Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Bitte **bis 30. November anmelden** bei: hanne-reiner@onlinehome.de.

13. Januar. Berlin. Liebknecht-Luxemburg-Gedenken.

6. Februar. Politischer Aschermittwoch. Bierzelt-Veranstaltungen der Bundestags-Parteien.

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

24./25. Mai. Ort noch offen. 1. Parteitag der Partei Die Linke.

31. Mai. München. 59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html